

Reaktion und  
 Verfallung:  
 Pros. H. Coubil  
 Lova nám. 82.  
 Telefon 4795,  
 nach 6797.  
 Telegramm-Adresse:  
 Sozialdemokrat Prag.  
 Postfachamt 87544.  
 Inserate werden laut  
 Tarif billigt berechnet.  
 Bei öfteren Einschal-  
 tungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
 in der Tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen**  
 Bei Zustellung ins  
 Haus oder bei Bezug  
 durch die Post  
 monatlich . . . 18.— Kz.  
 vierteljährlich 48.— Kz.  
 halbjährig . . . 96.— Kz.  
 ganzjährig . . . 192.— Kz.  
 Für Deutschösterreich  
 monatlich 400.— Sk., für  
 Deutschland 40.— Mk.  
 Erscheint mit Ausnahme  
 des Montags täglich früh.

1. Jahrgang.

Samstag, 17. Dezember 1921.

Nr. 92.

## Mit Rebellen kein Verhandeln!

Der Genosse Josef Stivin richtet im „Pravo Lidu“ unter dem Titel „Wie habt ihr uns geantwortet“ an den Genossen Dr. Czech eine Epistel, die wohl als Antwort auf dessen Rede auf dem Parteitag und auf die dort beschlossene politische Deklaration gedacht ist, wiewohl er der Fülle der gegen die verhängnisvolle Politik der tschechischen Sozialdemokraten erhobenen Anklagen sorgsam aus dem Wege geht und nur eine einzelne Stelle aus der Rede herandringt. Dr. Czech zitierte in seiner Rede das am 12. Oktober 1918 vom „Nationalkomitee des tschechoslowakischen Rates“ herausgegebene Flugblatt an die „deutschen Proletarier der deutschen Arbeiter Nordböhmens“, das u. a. von Vechane, Stivin und Schmeral unterfertigt ist und in dem diese als Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Partei erklären, daß sie auch für die deutschen Proletarier das Recht der Selbstbestimmung anerkennen, sowie daß die Vertreter des tschechischen und deutschen Volkes einzig und allein dazu berufen sind, im Vertragswege für die Zukunft über das gegenseitige Verhältnis der beiden Nationen zu entscheiden.“ Anknüpfend an dieses feierliche Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht auch der deutschen Bevölkerung hatte Dr. Czech in seiner Parteitagrede die Frage gestellt, was denn die tschechischen Sozialdemokraten bisher zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen im Staate getan haben und die Antwort fiel naturgemäß für die tschechischen Sozialdemokraten nicht ehrenvoll aus. Stivin sucht nun die schwere Anklage Dr. Czechs umzuwenden und stellt die Gegenfrage: „Wie haben uns die deutschen Sozialdemokraten auf unsere Oktoberproklamation geantwortet?“ Und er sucht den Eindruck hervorzuheben, daß die deutschen Sozialdemokraten die ihnen brüderlich entgegengetretene Hand der tschechischen Sozialdemokraten schändlich zurückgewiesen haben. Der Genosse Stivin dichtet da eine Legende zusammen, die, sei ihr Ursprung nun in einem fehlerhaften Gedächtnis oder im bewußten Abweichen von der historischen Wahrheit gelegen, jedenfalls restlos zerstört werden muß.

Schon die Behauptung Stivins, die tschechischen Sozialdemokraten hätten schon vor dem Umsturz den deutschen Arbeitern „die Hand angeboten“, ist eine Behauptung von beispielloser Verwegenheit. Ja, wo zu angeboten? Circa dazu, daß sie bereit waren, mit uns gemeinsam den neuen Staat aufzubauen, oder doch wenigstens das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen des zu erbauenden Staates zu verwirklichen? In dem Flugblatt steht von einer solchen Einladung zur Mitarbeit kein Wort! Wenn die Parteileitung der tschechischen Sozialdemokraten die ernstliche Absicht gehabt hätte, mit unserer Partei die Verbindung zu suchen, so hätte sie wohl keines Beweisers bedurft, um die verantwortlichen Stellen unserer Partei zu finden, aber hat sie sie denn überhaupt gesucht? Daß die Herausgabe eines Flugblattes die Form zur Verwirklichung von Verhandlungen darstellt, kann doch auch Genosse Stivin nicht behaupten! Die direkte Verbindung, die doch allein auf ernstlichen Willen hätte schließen lassen können, suchten die tschechischen Genossen weder damals noch später herbeizuführen. Nicht einmal das Flugblatt selbst wurde unseren Parteinstanzen zugestellt, es wurde überdies, da seine Verbreitung noch unter der Ägide der Kriegsgesetze erfolgte, in so spärlicher Weise an die Bevölkerung verteilt, daß die Massen der deutschen Arbeiter

darüber überhaupt keine Kenntnis erhielten und die im Vordergrund unserer Partei erst viele Monate nach dem Umsturz durch Zufall von seiner Existenz erfuhren. Aber auch der Inhalt des Flugblattes rechtfertigt in keiner Weise die Behauptung Stivins, die tschechischen Sozialdemokraten hätten uns die Hand „entgegengetreckt“. Zur Zeit, als das Flugblatt erschien, hatten die tschechischen Parteien die Vorbereitungen für die Schaffung des tschechoslowakischen Staates längst getroffen und auch die Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten waren in Gemeinschaft mit jenen der tschechischbürgerlichen Parteien schon jahrelang vordem für die Erfüllung dieses Staatsraumes tätig gewesen. Sie hatten auch längst das erwartete „Nationalkomitee des tschechoslowakischen Nationalrates“ in Gemeinschaft mit den tschechischen Nationalsozialisten geschaffen, ehe sie das Flugblatt erscheinen ließen, das seiner ganzen Tendenz nach keinem anderen Zweck diente, als die Neutralität der deutschen Arbeiterschaft Nordböhmens bei dem erwarteten Zusammenbruch und staatlichen Neugestaltung herbeizuführen. Wenn in dem Flugblatt vom Selbstbestimmungsrechte die Rede war, so nur zu dem Zwecke, um den deutschen Arbeitern Honig um den Mund zu schmieren, sie durch schöne Versprechungen zu passivem Verhalten in den damals bevorstehenden Umwälzungen zu bestimmen. An solchen Versprechungen, die naiven Gemütern den tschechoslowakischen Staat als Hort der Gerechtigkeit und der nationalen Friedensliebe erscheinen lassen sollten, hat es doch weder vor noch nach dem Umsturz gefehlt und nicht einmal die tschechischen Nationaldemokraten, die sich heute als die böswilligsten Zerstörer jeder Verständigungsmöglichkeit betätigen, gingen damals mit verlockenden Verhandlungen sparsam um. Das auch das Flugblatt des „tschechoslowakischen Nationalrates“ keine andere Aufgabe erfüllen sollte, geht aus seinen Aufschüssen hervor, in denen es heißt, die deutschen Arbeiter müßten sich „durch unrichtige Informationen nicht betören lassen“ und für „alle unsere Aktionen nicht nur Verständnis zu haben, sondern auch nach Tunlichkeit mit uns in Verbindung (?) zu treten.“ Also nicht betören lassen, „Verständnis haben“ und „nach Tunlichkeit“ mit den tschechischen sozialistischen Parteien in Verbindung zu treten! Das soll der Beweis für die „ausgestreckte Hand“ zur Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes sein? Wenn die Genossen Stivin, Vechane und Schmeral, die Miturheber des Flugblattes, die „Verbindung“ tatsächlich gewollt hätten: warum haben sie sie dann nicht ernsthaft angestrebt. Eie, die so leicht die „Verbindung“ mit den tschechischen Nationalsozialisten gefunden hatten und vordem ebenso wie später auch die „Verbindung“ mit dem tschechischen Bürgertum zu verwirklichen wußten, hätten wohl bei ernstlichem Willen auch die „Verbindung“ mit unserer Partei zu finden vermocht. Da sie es nicht taten und ihre einzige Berufung auf die „ausgestreckte Hand“ in dem Hinweis auf das — Flugblatt besteht, das noch dazu fast mit Ausschluß der Öffentlichkeit erschien, so bricht der Verteilungsversuch Stivins wie ein armseliges Kartenhaus in sich zusammen.

Aber wir sollen nach Stivin die „ausgestreckte Hand“ auch zurückgewiesen haben! Es mag schon sein, daß die deutschen Arbeiter nicht in den fanatischen Staatskatechismus, dem die tschechischen Sozialdemokraten huldigten und die Staatsbegeisterung wird bei ihnen durch die Zustände im Staate, wie sie sich

durch das gemeinsame Wirken aller tschechischen Parteien ergaen, sich nicht gerade gesteigert haben, aber darum weniger Parteien doch vom ersten Augenblick bereit, sich mit den Vertretern der Tschechen zu verständigen, — leider mit bösem Erfolge. Schon in den ersten Novembertagen fuhr Seliger nach Prag, um eine vorläufige Regelung der strittigen Fragen anzubahnen, da wurde ihm von Dr. Raschin in Gegenwart des Genossen Dr. Soukup — der sich auf ein Abseitszuden beschränkte — jenes berüchtigte, verhängnisvolle Wort entgegengeleudert, daß noch heute fortwirkt: „Mit Rebellen unterhandeln wir nicht!“ Das ehrliche Streben Seligers, Verhandlungen anzubahnen, erfuhr diese brüste Zurückweisung und das Wort Raschins hat bis heute Geltung behalten. Nicht nur das Verhalten der tschechischbürgerlichen Parteien seither, auch jenes der tschechischen Sozialdemokraten war von diesem Geiste getragen. Wenn Habrman als Unterrichtsminister das deutsche Schulwesen von den tschechischen Nationalisten verwüsten ließ, wenn Vechane noch jüngst erklärte, die Forderung der Deutschen nach Autonomie sei eine „Phrase“ und die tschechischen Sozialdemokraten könnten sich insulange mit den deutschen Sozialdemokraten nicht zusammensetzen, als sie sich nicht von dieser „Phrase“ loslagten, wenn nie noch von den tschechischen Genossen der geringste Versuch unternommen wurde, eine Brücke zu uns herüber zu bauen, so ist dies alles

Geist vom Geiste Raschins, der gegebene Tat sachen schafft, in die sich die Deutschen, die „Besiegten“, und die „Rebellen“, blind und gehoriam zu fügen hätten.

Selbst wenn es wahr wäre, daß die deutschen Sozialdemokraten die „angebotene Hand“ vor mehr als drei Jahren ausgeschlugen, wäre damit das Versäumnis der tschechischen Genossen auch nur erklärt? Veränderten sie am 12. Oktober 1918 feierlich ihr Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht etwa nur unter der Voraussetzung, daß die deutschen Arbeiter sofort brav untertriefen? Was soll überhaupt die Verurteilung darauf, daß das deutsche Proletariat sein Verbleiben in diesem Staat nicht sofort als eine gegebene Tatsache hinzunehmen bereit war, sondern jenes Streben nach Mitbestimmung seines staatlichen Schicksals offenbart, dem das tschechische Volk so lange mit Sehnsucht und Zähigkeit nachhing! Das Entscheidende ist doch, was von beiden Seiten für die Herbeiführung einer Verständigung, seitdem der neue Staat geschaffen, getan wurde. Die tschechischen Sozialdemokraten werden dafür auch nicht eine wirkliche Tat anführen können. Sie haben nur in Gemeinschaft mit den tschechischen Imperialisten und Gewaltpolitikern die schwachen Ansätze einer Annäherung der beiden Nationen zerstört und diese Gemeinschaft verlegt ihnen auch heute noch die Möglichkeit, Vermittler im nationalen Streite zu sein.

## Der Staat marschiert mit dem Lohnabbau voran!

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stand auch die Verhandlung einer Regierungsvorlage über die Regelung der Vergünstigungen für Staats- und andere öffentliche Angestellte. Es handelt sich um die weitläufige Ausgestaltung der Unterstützungshilfen für die Staatsangestellten, denen 8 Prozent ihrer Bezüge für den Pensionsfonds und 26 Prozent für die Personaleinkommensteuer abgezogen werden sollen. Bei den Lehrern soll eine Herabsetzung der außerordentlichen Zuschüsse um 20 bis 30 Prozent erfolgen. Diese Regierungsvorlage wurde zugleich mit einer zweiten verhandelt, durch deren Bestimmungen die Bezüge und Gemeindegeldleistungen in ihren Bezügen schwer geschädigt werden sollen. Die Behandlung dieser Vorlage im Ausschuss hatte schon im Hause Priorität erlangt. Wir bringen zunächst den Bericht über den Verlauf dieser Ausschuss-Sitzungen.

1. Ein Exodus aus dem sozialpolitischen Ausschuss;
2. Noch ein Exodus.

Die Spannung dauerte im Hause stundenlang an, während in der zweiten Sitzung weniger Wichtiges verhandelt wurde, worüber wir an anderer Stelle berichten. Erst gegen zehn Uhr kamen endlich die beiden Regierungsvorlagen zur gemeinsamen Verhandlung.

Die „Beise“ hatte die Erörterung der beiden Gesetze jedenfalls absichtlich solange hinausgeschoben, aber sie konnte doch ihrem Schicksal der Abrechnung nicht entkommen, die die Oppositionsparteien, vor allem die deutschen Sozialdemokraten, mit ihr hielten. Schon als nach den drei Berichterstattern, die zu diesem Punkte gesprochen hatten, der Präsident die Redezeit mit Billigung durch die übrigen sehr zweifelhafte Mehrheit über diese eminent wichtige Angelegenheit droffelte, fielen die ersten Protestrufe von den Bänken der Deutschen. Diese Rufe wurden zu einem einzigen Empörungsgeschrei, als Genosse Taub, der erste Debattenredner, seine wahrhaft vernichtende, verdiente Kritik an dem beispiellosen Zustande über, der namentlich in den letzten Tagen im

Hause eingerissen ist. Das Verfahren in den Ausschüssen spottet jeder Beschreibung. Es ist geradezu beschämend, „eine Schande vor der ganzen Welt“, wie Gen. Hillebrand richtig darzulegen rief. Dofang Zwischenruf waren an derer folgte ihm und alle richteten sich gegen die empörende Petlawwirtschaft. In höchster Erbitterung wendeten sich unsere Genossen gegen die Mehrheitsparteien, die Vechane zu beruhigen sich bemühte. Die Parteigenossen des Beschwichtigers selbst waren ruhig, sehr ruhig. Wir erklären uns diese Ruhe aus der Scham. Genosse Taub ging dann auf die Erörterung der Vorlage ein. Er konstatiert, daß die Pensionsbeiträge von den Staatsbeamten in Anbetracht der elenden wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gezahlt werden können. Er sieht in der Vorlage einen Angriff gegen das Paritätsgesetz der Lehrer. Die Regierungsvorlage bedeutet ein Attentat auf die Staatsangestellten, die Industriellen werden sich mit Wonne darauf stützen, der Staat marschiert als Lohnabbauer voran, die Kapitalisten werden ihm folgen. Wir bekämpfen als Sozialisten diese Vorlage, durch die versucht wird, die Gehälter einer Arbeiterschicht zu einer Zeit abzubauen, da sich jene in der größten wirtschaftlichen Notlage befinden. Die Staatsbeamten werden ausschreien, wenn diese Vorlage Gesetz wird, es wird zu ihrer Revolutionierung beitragen. Der Rede des Genossen Taub folgte stürmischer Beifall unserer Genossen und auch der übrigen Opposition. Zu dieser zählen die deutschen Sozialdemokraten, die Kommunisten, der parlamentarische Verband, die Gruppe Brodecky, die Ludovci und die tschechische Gewerkepartei. — Es sprach dann noch Brodecky und bei Schluß (um halb 12 Uhr nachts) — Schöllich.

Das Abgeordnetenhaus hielt gestern zwei Sitzungen ab. In der ersten wurde das Gesetz auf Verlängerung der Gültigkeit des Unterhaltsbeitragsgesetzes angenommen — hiezusprach Genosse Joll —, ferner ein Gesetz auf Erhöhung der Gerichtsgebühren um etwa 100 Prozent. Dagegen sprach Genosse Haas.

Sein Resolutionsantrag auf Beseitigung der Härten bei Erteilung des Armenrechtes wurde einstimmig angenommen. Das Haus beschloß ferner ein Gesetz auf Abänderung der Wechselgebühren und ein Gesetz über die Auszahlung der Teuerungszulagen zu den Renten nach dem Pensionsversicherungsgesetz.

In der Pause zwischen der ersten und zweiten Sitzung erfolgte wegen des geplanten Abbaues der Zulagen der Staatsangestellten der

Exodus der Opposition aus dem sozialpolitischen und der Exodus der deutschen Sozialdemokraten aus dem Budgetausschuß.

In der zweiten Sitzung wurde unter anderem der Regierungsentwurf über den Hundertmillionenkredit für das Bodennutz angenommen. Von deutschsozialdemokratischer Seite sprach Genosse Schweichhart dagegen. Dann folgte die Beratung des Entwurfes, über die wir oben berichten.

# Gegen die Regierungspolitik.

## Eine Rede des Senators Dr. Heller.

In der Hauptdebatte im Senat über das Budget hielt Senator

**Dr. Heller**

eine eindrucksvolle Rede, in der er u. a. ausführte:

In der Donnerstägigen Sitzung wurde an uns wiederholt die Aufforderung gerichtet für das Budget zu stimmen, insbesondere hat der Herr Berichterstatter seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß wir Gegner des Budgets sind. Diese Gründe hiesig sind politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Art und hauptsächlich Gründe, welche darin liegen, daß wir in einem Staat, der auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ruht, in einem Staat, in dem der Einfluß der sozialistischen Parteien ein sehr geringer ist, für das Budget nicht stimmen können. Als im September dieses Jahres der Regierungswechsel eintrat und die alte Beamtenregierung einer parlamentarischen Regierung Platz machte, hatten wir die Absicht, unsere Stellung zu dieser Regierung hier darzulegen. Wir konnten diese Absicht damals nicht ausführen, weil die bekannten Ereignisse in Ungarn dazwischen kamen und uns der Zeitpunkt nicht angemessen erschien. Wir müssen das heute nachholen, und müssen heute sagen, warum wir dieser Regierung Vertrauen nicht entgegenbringen können.

### Tschechische Außenpolitik.

Was vorerst die Führung der äußeren Angelegenheit in diesem Staate anbelangt, so haben sich in den letzten Monaten Dinge zugetragen, denen wir nicht gleichgültig gegenüberstehen können. Vorerst waren es die Ereignisse in Oberschlesien. Wir möchten die Frage untersuchen, welche Stellung die tschechoslowakische Republik zu diesen Ereignissen hätte einnehmen sollen und welche Stellung sie eingenommen hat. Die tschechoslowakische Republik ist ihrer geographischen Lage, ihrer wirtschaftlichen Struktur nach, darauf angewiesen, sich mit Deutschland zu vertragen. Vorerst kann es doch einem Zweifel nicht unterliegen, daß es politische Differenzen mit Deutschland nicht gibt. Wirtschaftlich stehen wir mit keinem Staate der Welt in so enger Verbindung wie mit Deutschland. Unter solchen Umständen glaube ich, daß es unsere politische und geographische Lage, unsere Wirtschaftslage erfordert, daß wir alles vermeiden, was uns mit Deutschland in einen Konflikt bringen könnte. Daraus ergibt sich von selbst, wie die Politik der tschechoslowakischen Republik in Bezug auf Oberschlesien hätte sein müssen. Die Wahrung der vollsten Neutralität in diesem Streite. Würde diese Neutralität bewahrt oder nicht? Der Herr Ministerpräsident hat ja wiederholt erklärt, daß er sich in den Streit um Oberschlesien nicht gemischt hat, daß er tatsächlich diese Neutralität bewahrt hat. Es ist sehr schwer für uns, zu beurteilen, ob diese Angaben des Herrn Ministerpräsidenten objektiv der Wahrheit entsprechen, wenn wir dem gegenüber die Äußerung des polnischen Minister des Äußeren Herrn Skirmunt entgegenhalten, als er von den guten Diensten sprach, welche die tschechoslowakische Republik den Polen im Streite um Oberschlesien geleistet habe. Ich verweise auf das bekannte Interview im *Central*, wo wiederum als Äußerung des Herrn Ministers des Äußeren selbst darauf hingewiesen ist, daß die Tschechoslowakei in diesem Streite Partei für Polen ergriffen habe, und ich verweise vor allem auf die Rolle, die der Sachverständige Dubac in dieser Affäre gespielt hat, eine Rolle, die ganz klar eine Parteinahme gegen Deutschland beweist.

### Das Verhältnis zu Polen.

Wir haben gewiß jedes Interesse daran, auch mit Polen in guten Beziehungen zu bleiben. Die politischen Verhältnisse Polen gegenüber sind aber keine so klaren wie Deutschland gegenüber. Zwischen der Tschechoslowakei und Polen hebt immer noch trotz aller Versuche die Frage des Grenzstreit, immer noch eine offene Wunde am Körper Polens und vielleicht auch der Tschechoslowakei. Die Größe der wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen läßt sich doch wohl nur gegen zu Deutschland nicht vergleichen. Nur ein Bruchteil unserer Aushub geht nach Polen, nur ein Bruchteil unserer Einfuhr kommt aus Polen. Das steht in jenem Verhältnisse zu Polen, die wir in unserem wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland ausweisen. Die tschechoslowakische Republik hätte daher in diesem Streite die volle Neutralität bewahren müssen, hat aber diese Neutralität nicht be-

wahrt, sondern Partei ergriffen für Polen und gegen Deutschland. Ein Staat, der im Süden, Westen und Norden von Deutschen umschlossen ist und nur an einer kleinen Strecke seiner Grenze Polen zum Nachbarn hat, ein Staat, der in seinem Innern mehrere Millionen deutsche Staatsbürger hat, der mühte alles unterlassen, was ihn in einen Gegensatz zu den deutschen Ländern bringt.

### Geheimdiplomatie Benedek's.

Der Lohn, den Herr Benedek für seine oberösterreichische Politik eingekauft hat, bestand offenbar in dem Vertrage, den er mit Polen abgeschlossen hat. Wir kennen diesen Vertrag im Wortlaut bis heute nicht. Der Vertrag mit Jugoslawien, der die Kleine Entente begründet hat, ist trotz des ausdrücklichen Versprechens des Herrn Ministers Benedek, das er vor mehr als einem Jahr hier abgegeben hat, noch nicht veröffentlicht. Das nennt man öffentliche Diplomatie. Mit Rumänien wissen wir überhaupt nicht, wie wir daran sind, besteht ein Vertrag oder nicht, ist Rumänien Mitglied der Kleinen Entente oder nicht, unter welchen Umständen und unter welchen Bedingungen? Das alles wissen Sie nicht. Und ebenso ist es mit dem Vertrag mit Polen. Seinen Wortlaut kennen wir nicht, aber soviel ist doch sicher, daß dieser Vertrag mit Polen Bestimmungen enthält, welche uns die schwersten Bedenken einflößen müssen. Neben vielen anderen Bestimmungen sind es insbesondere jene, welche von der Durchführung des Kriegsmaterials in dem Falle sprechen, wenn Polen mit einem anderen Staate in einen Krieg verwickelt würde. Mit welchem Staate kann Polen Krieg führen? doch nur mit Deutschland oder Rußland. Diese Bestimmung, welche die Tschechoslowakei die Verpflichtung auferlegt, in diesem Falle Kriegsmaterial für Polen durchzuführen zu lassen, lehrt sich ganz offensichtlich gegen Deutschland und Rußland. Wieder ein Beweis, daß die Politik dieses Landes nicht so geführt wird, wie sie geführt werden sollte vom Gesichtspunkte der vollsten Neutralität allen Staaten gegenüber, sondern geführt wird vom Gesichtspunkte der Parteinahme für gewisse Staaten. Der Herr Ministerpräsident hat einmal behauptet, daß die Gestattung der Durchfuhr von Kriegsmaterial Pflicht des Staates sei.

Das ist nicht richtig. Völkerrechtlich statuiert ist das Recht eines Staates, Kriegsmaterial durchzuführen zu lassen für einen anderen kriegsführenden Staat. Aber meine Herren, wenn dieses Recht völkerrechtlich bestimmt ist, dann frage ich, wozu ist es im Vertrage noch einmal erwähnt? Dann wäre das ganz überflüssig und es muß schon eine andere Bedeutung haben, wenn im Vertrage ausdrücklich hervorgehoben ist, daß sich die Tschechoslowakei verpflichtet Kriegsmaterial durchzuführen zu lassen. Hier ist wohl seitens Frankreich ein Druck ausgeübt worden und dieser ganze Vertrag trägt den Stempel französischen Einflusses. Wir müssen diesen Vertrag mit Polen erstens aus dem Grunde ablehnen, weil wir solche Verträge überhaupt nicht wollen, mit keinem Staate, weil wir aus der Geschichte doch wenigstens das gelernt haben müssen, daß diese Bündnisverträge nichts anderes sind, als immer und immer wieder die Ursachen neuer Kriege. Wir müssen aber diesen Vertrag mit Polen auch aus dem Grunde ablehnen, weil sein Verhalten unserer Auffassung widerspricht.

### Die Mobilisierung.

Kaum war der ehemalige Kaiser nach Ungarn gekommen, so hatte schon zwei Tage darauf die Regierung in einem Ministerrat die Mobilisierung beschlossen. Es ist richtig, daß die Verfassung das Recht zur Mobilisierung dem Präsidenten der Republik zupricht. Nebenbei auch ein Beweis für den demokratischen Inhalt unserer Verfassung, daß die Mobilisierung, die ja in der Regel ein Vorläufer des Krieges ist und auch in diesem Falle ein Vorläufer des Krieges gewesen wäre, wenn nicht die Große Entente der Kleinen Entente in die Arme gefallen wäre, (Sehr richtig!) daß dieser wichtige Schritt, an dem Leben, Gesundheit, Eigentum zahlloser Bewohner des Staates hängen, in die Prerogative des Präsidenten gestellt ist, daß die

gesetzgebenden Körperschaften nichts dreinzureden haben, wenn die Mobilisierung beschlossen wird. Schon gleich zu Beginn der ganzen Aktion, sehr vorzeitig meiner Ansicht nach, hat die tschechische Regierung die Mobilisierung beschlossen und durchgeführt. Eine „Probemobilisierung“

ist ein sehr gefährlicher und auch ein sehr kostspieliger Schritt. Aber ich glaube, daß drei Jahre nach dem Weltkrieg es sich jede Regierung sehr gut überlegen müßte, ehe sie zu dem Mittel einer Mobilisierung schreitet, die oft genug zwangsläufig den Krieg im Gefolge haben kann. Die Mobilisierung ist kein geeignetes Trümmittel gegen fremde Staaten, weil sie naturgemäß den Gegendruck in diesen Staaten auslösen muß, weil sie den nationalitätschauvinistischen Elementen in diesem Staate die Handhabe gibt, auch die Bewohner des betreffenden Staates aufzuwühlen, weil sie immer eher ein Mittel zur Verbeiführung des Krieges ist, als ein Mittel ihn zu vermeiden.

Wir haben in den Zeitungen gelesen, daß der Herr Ministerpräsident nebst der Beseitigung des König Karls und der Habsburger aus Ungarn auch die Entwaffnung Ungarns verlangt hat, die Bezahlung der Mobilisierungskosten und die Umstößung des Vertrages von Benedek. Als es dann zu Verhandlungen kam, hat ja dann der Herr Minister eine sehr weise Mäßigung in der Durchsetzung dieser Forderungen gezeigt. Allerdings eine Mäßigkeit, die ihm diktiert war, weniger wie ich glaube von seiner Einsicht, als von den Verhältnissen, von dem äußeren Zwang, der auf ihn ausgeübt wurde. In der gleichen impulsiven Art, mit der sich Dr. Benedek in die Streitfrage zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien eingemischt hat, ebenso scheint mir, daß er auch hier sehr impulsiv, aber wie ich fürchte, ohne die Folgen seiner Handlungsweise vorher zu erkennen, gehandelt hat. Der Herr Minister hat dann eine Menge von Forderungen an Ungarn gestellt und er mußte sich dann eigentlich nur mit der Durchsetzung der Beseitigung Karls und mit einem Gesetze zur Entwaffnung der Habsburger überhaupt aus Ungarn begnügen, einem Gesetze, dessen praktischen Wert wir alle wahrscheinlich nicht überschätzen werden. Die Entwaffnung Ungarns scheint mir, obwohl seither ungefähr sechs Wochen verstrichen sind, keine großen Fortschritte gemacht zu haben.

Von dem Erfolge der Kosten der Mobilisierung will ich gar nicht sprechen. Sie wissen, daß diese Forderung, die ganz ungerechtfertigt war, sehr bald zurückgezogen werden mußte und die Umstößung des Vertrages von Benedek, meine Herren, — ich glaube heute oder gestern fand die Abstimmung in Oedenburg statt. — Diese Abstimmung ist ein Beweis, daß auch diese Forderung des Ministers keine Erfüllung gefunden hat. Der Minister hat in der ungarischen Angelegenheit — wir müssen das aussprechen — eine Niederlage erlitten, die in einem demokratisch regierten Staate zur Folge haben müßte:

Die Demission des betreffenden Ministers. (Beifall.)

### Portorose.

In den letzten Wochen hat die Konferenz von Portorose stattgefunden. Wir fordern die Regierung auf, die Ergebnisse der Konferenz von Portorose sobald als nur irgend möglich der Bevölkerung mitzuteilen, denn an diesem Ergebnis ist die Gesamtbevölkerung interessiert.

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß die Führung der auswärtigen Politik in diesem Staate eine solche ist, die uns kein Vertrauen zu ihr einflößen kann, daß wir die Art der Führung dieser Politik ablehnen müssen, daß wir ihr nicht zustimmen können.

### Die dritte Kammer.

Ich habe vorhin erwähnt, daß wir seit September dieses Jahres eine neue Regierung haben. An Stelle der Beamtenregierung trat eine parlamentarische Regierung. Aber geblieben ist die „Petla“, geblieben ist der in einem parlamentarischen Staate unerhörte Zustand, daß es zwei Regierungen gibt, eine Regierung, die auf den Büchern hier vor uns sitzen sollte, in diesem Momente aber nicht sitzt und eine Regierung, die von Anwärts diese Regierung leitet. Auf unserem Parteitage in Teischen hat Abgeordneter Czech gesagt, daß unser Staat die Besonderheit hat, nicht zwei Kammern, sondern drei Kammern zu haben, nämlich das Abgeordnetenhause, den Senat und die „Petla“ oder „Patnactla“. Die dritte Kammer hat er eine camera obscura genannt, Geheimkammer; aber die Sache ist so, daß diese Kammer eigentlich die regierende Kammer in diesem Staate geworden ist und daß Sie, wie Sie hier sitzen, nichts anderes sind, als Vollzugsorgane dieser fünf Herren. Ich muß sagen, daß eine solche Institution, die die „Petla“ in einem parlamentarisch regierten Staate doch ein non sens ist. Aber die Hauptsache ist, daß die „Petla“ in diesem Staate regiert, ohne für ihre Regierung die Verantwortung zu tragen. In einem parlamentarisch regierten Staate muß derjenige, der regiert, nicht nur die formelle Verantwortung tragen. Der Herr Ministerpräsident trägt vielleicht die materielle Verantwortung für die äußeren Angelegenheiten, für die inneren sicher nicht. Wir können ihn und alle die Herren nicht verantwortlich machen für das, was im Innern des Staates vorgeht. Und diejenigen, die die Verantwortung tragen, ontziehen sich dieser Verantwortung,

indem sie in Anonymität, in geheimen Zirkeln diesen Staat tatsächlich regieren. Das widerspricht vollständig dem Wesen jeder Demokratie, dem Wesen jedes Parlamentarismus, diese Abwälzung, die Verantwortung, diese Ueberregierung, die wir ja da haben.

Sie haben das Recht verwirkt, von Demokratie in diesem Staate zu sprechen. Die Demokratie besteht nicht nur im allgemeinen Wahlrecht, nicht nur in der Demokratie der Gesetzgebung. Sie besteht vor allem in der Demokratie der Verwaltung. Und was haben Sie bis heute getan, um diese Demokratie durchzuführen? Es nützen uns die schönsten Gesetze gar nichts, wenn draußen die Bürokraten sitzen und diese Gesetze ausführen und auslegen, wie sie wollen, wenn draußen bei der Durchführung der Gesetze unsere Bevölkerung nichts dreinzureden hat.

### Unsere „Pressefreiheit“.

Wir finden nun in der Verfassung den § 113, der sagt: Die Freiheit der Presse, wie auch das Recht sich ruhig und ohne Waffen zu versammeln und Vereine zu geben, ist gesichert. Es ist daher grundsätzlich, ich bitte zäsadne, unzulässig, die Presse einer vorangehenden Zensur zu unterwerfen. Die Ausübung des Vereins- und Versammlungswesens regelt das Gesetz. Es ist grundsätzlich unzulässig, die Presse einer vorangehenden Zensur zu unterwerfen. Und wie lesen täglich im Amtsblatt dieser Republik, daß zehn, zwanzig Zeitungen konfisziert wurden, ausfindend grundsätzlich, schon dieser eine Ausdruck „grundsätzlich“ zeigt, daß, als sie diese Verfassung schufen, schon daran dachten, Ausnahmen zu schaffen. Genosse Heller vergleicht hierauf unser Presserecht mit dem deutschen.

### Slowakische Verhältnisse.

Die Berichte unserer Vertrauensmänner aus der Slowakei weisen geradezu erschreckende Dinge auf, daß Personen in der Slowakei bei Nacht und Nebel aus ihren Betten geholt, unter Eskorte von berittener und nicht berittener Polizei ins Gefängnis geführt, einige Stunden im Gefängnis belassen und dann an die ungarische Grenze überführt werden; der ungarischen Reaktion, deren Bekämpfung sie vor wenigen Wochen mit soviel Emphase verkündet haben. Die ununterbrochenen Hochverratsprozesse, wie z. B. der letzte Prozeß Rudnäh, den man niederschlagen mußte, weil man sich selbst blamiert hätte, beweißen, welche Politik in der Slowakei getrieben wird. Sie haben in die Slowakei unfähige Beamte geschickt. Sie haben Beamte hingeschickt, deren Aufgabe es war, zu tschechisieren, nicht aber dem Volke zu bringen, was es braucht. (Beifall.) Das geht nicht. Sie betreiben in der Slowakei eine Politik, die von ihrem Standpunkt aus die ungünstigste ist, die Sie betreiben könnten.

### Die Methoden des Herrn Cerny.

Cerny ist in der Regierung geblieben, gegen dessen Tätigkeit, gegen dessen Verwaltung wir die schwersten Anklagen erheben müssen. Im Ministerium des Innern besteht eine Abteilung für Spionageangelegenheiten, eine Konfidenteneinteilung. Der Leiter derselben ist der bekannte Herr Hajsmann. Dieser Herr hat nach dem Kriege seinen Lohn für frühere Dienste verlangt und ist erst im Ministerpräsidentium als Leiter der Konfidentenabteilung gekommen. Von dort wurde er in Spionageangelegenheiten nach Holland geschickt. Dort hat er sich mislieblich gemacht und mußte zurückgeschickt werden und leitet nun die Konfidentenabteilung des Ministeriums des Innern. Dr. Cerny buidet eine Spionagewirtschaft in einer Ausdehnung, wie sie niemals im alten Oesterreich bestand. Ich weiß nicht, aus welchen Mitteln diese Konfidenten bezahlt werden, man erzählt, daß Hajsmann mehr als eine Million Kronen dafür zur Verfügung hat.

### A. I. Beamten.

Im Ministerium des Innern sitzen heute noch Beamte, die im alten Oesterreich die eifrigsten Verfechter des österreichischen Systems waren.

### Am Laurenzberg.

Auch unsere Militärverwaltung zeigt Anzeichen einer nicht einwandfreien Gehabung. Ich habe mir erzählen lassen, daß vor kurzem eine Erweiterung der Radiostation auf dem Laurenzberg geplant wurde. Man hat für die erforderlichen Maschinen Offerte eingeholt. Es hat die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ein Offert auf 5 Millionen Kronen überreicht, eine Gesellschaft in Lyon in Frankreich ein solches von 11 Millionen. Bekommen hat diese Lieferung selbstverständlich die französische Fabrik. Schon das ist ein starkes Stück. Aber die Groteske auch in dieser Sache kommt noch. Die französische Firma hat nämlich diese Maschinen, die sie liefern sollte, bei der allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin auf die Sohle. Wir haben jetzt eine Ersparungskommission, in der man uns aus allen entscheidenden Reflexen ausgeschaltet hat, weil man uns nicht dabei haben will, wenn man auf solche Korruptionsaffären kommt, Remedien schaffen wird?

Erzelenz Dufal a. D.?

Ist der General Dufal noch immer aktiver General oder nicht? Allgemeines Schweigen. Aus diesem verlegenen Schweigen entnehme ich, daß er es ist. Dieser General ist Generaldirektor der Sprengstoff-Fabrik in Pardubitz, wo er 240.000 Kronen im Jahr bezieht, einer Fabrik, die mit ihren Fabriken Geschäfte mit der Generalverwaltung macht. Dieser ist Herr General Dufal ist Verwaltungsrat der Slawie, der Legionärklub und ist vor kurzem Verwaltungsrat der Buschbrüder Eisenbahn geworden. Wenn Sie darnach von einer korruptionsfreien Verwaltung sprechen, wenn ein aktiver General sich nicht schämt, seine Stellung in dieser Weise auszunutzen, da muß ich schon sagen, daß wir andere Begriffe von Reinlichkeit in der Verwaltung haben. Sie haben eine Ersparrungskommission eingesetzt; offenbar die Eröffnungsfest der Ersparrungskommission war das bekannte Gastmahl, das derselbe General Dufal den fremden Militärsatelliten gegeben hat.

Das Ungvarer Lager.

Wir haben vor kurzem in den Zeitungen Nachrichten gelesen über die Zustände in dem Militärlager in Ungvar in Karpathenland, die geradezu haarsträubend sind. In diesem Militärlager leben die Soldaten in nicht ordentlich gedeckten Baracken, diese sind ungeheuer überfüllt, es gibt keine eigenen Räume für die Kranken, die Kranken Soldaten müssen mitten unter den gesunden schlafen. Es gibt keine Klosetts, Typhusfälle sind vorgekommen und die Typhuskranken konnten nicht einmal isoliert werden.

Der neue Zolltarif.

Wir haben vor kurzem gehört, daß ein neuer Preiszolltarif ausgearbeitet worden sein soll. Wir erheben heute von dieser Stelle den entschiedensten Widerspruch dagegen, wenn die Zölle, die da genannt werden, wahr sein sollten. In diesem Zolltarif wird eine Erhöhung von mehreren hundert Prozent der Zölle vorgesehn, welche die Lebenshaltung unserer Arbeiterschaft in empfindlicher Weise treffen muß. Dieser Zolltarif ist nichts als ein Geschenk an die Agrarier und wir werden einen solchen Zolltarif nie dulden.

Den Ministern für soziale Fürsorge und Handel sind die Löhne zu hoch!

Der Herr Handelsminister hatte vor kurzem in einer Rücksprache mit Vertretern der Industrie die Löhne in Nordböhmen als zu hoch bezeichnet, als er sagte: „Wir zahlen Euren Arbeitern absichtlich hohe Löhne, um den Staat in Verlegenheit zu bringen und ihn zur Inflation zu treiben.“ Bitte, der Unternehmer, der absichtlich so hohe Löhne zahlt, mühte erst geboren werden. Aber es zeigt sich daraus die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Handelsministers und es sollten die sozialistischen Mitglieder der Regierung oder wenigstens die sozialistischen Parteien in der Regierungsmehrheit doch einmal mit dem Herrn Handelsminister sprechen, der er dazu kommt, gegen die zu hohen Löhne, die er bezu zu sprechen. Was aber der Herr Handelsminister getan hat, hat schon früher der Herr Minister für soziale Fürsorge getan. In Nordböhmen haben die Bauarbeiter höhere Löhne als in Prag. Das ist durch die viel teureren Lebensverhältnisse bedingt, die bei uns herrschen als hier. Es ist jedem bekannt, daß das Leben bei uns in Nordböhmen und speziell die Nahrungsmittel in Nordböhmen bis zu 15 oder 16 Prozent teurer sind, als in Prag. In Folge dessen müssen auch höhere Löhne sein. Die Arbeiter haben in ihrem Tarifvertrag mit den Unternehmern die Löhne vereinbart und der Herr Minister für soziale Fürsorge hat erklärt, die Löhne in Nordböhmen dürfen nicht höher sein als die in Prag! Das nennt man soziale Fürsorge!

Gendarmen gegen Arbeiter.

Die Regierung sieht sich aber auch veranlaßt, überall dort, wo Unklarheiten zwischen Unternehmern und Arbeitern entstehen, sofort Militär und Gendarmen zu verwenden. Auch im letzten Bergarbeiterkampf in Mährisch-Strau war das erste, was auf den Schächten erschien, der Gendarm. Wir erkennen die Tätigkeit des Ministers Tusch im Strauer Streik vollständig an und unsere Genossen im Abgeordnetenhause haben dies durch zum Ausdruck gebracht, daß sie die Renuntiation der Erklärung des Ministers gestimmt haben. Aber was der Herr Minister Tusch auf der einen Seite auf macht, macht der Herr Minister auf der anderen Seite wieder schlecht. Wir brauchen keine Gendarmen in Lohnkämpfen, wir verteidigen uns auf das allerentschiedenste, daß die Regierung in Lohnkämpfen überhaupt eingreift, daß sie Gendarmen oder Militär hinschickt!

Was ist mit Auffig?

Der Herr Minister Czerny hat uns im August dieses Jahres versprochen, daß er das Ergebnis der Untersuchung über die Auffiger Vorfälle mitteilen werde. Seitdem sind mehr als vier Monate vergangen, er hat sein Versprechen nicht gehalten, weil er befehlen müßte, daß bei der Untersuchung nichts heraus-

gekommen ist und auch nichts herauskommen konnte, weil die Untersuchung vom ersten Tage an auf dieses Resultat hin geführt wurde. Aber ich erinnere ihn heute an dieses Versprechen und ich hoffe, daß er seinem Versprechen nachkommen wird.

Enthastet die Dezemberopfer!

Genosse Heller behandelt hierauf die Justizritüer in den Prozessen von Oslawan und fordert energisch, das Unrecht an den eingekerkerten Kommunisten wieder gut zu machen.

Hierauf befaßt sich Genosse Heller mit den verheerenden Steuer- und Finanzmethoden dieses Staates. Wir verlangen eine Reorganisation des Steuersystems, wir verlangen, daß die Vermögensabgabe, die schon längst beschlossen wurde, endlich einmal durchgeführt werde. Denn Millionen entgehen Ihnen wiederum, weil mittelweise ein Teil derjenigen Leute, die Vermögensabgabe zu zahlen haben, verarmt worden ist, andere Millionen dadurch, daß sie ihr Vermögen zu besitzlosen verstanden haben. Und dann verlangen wir, daß nicht nur die Gewinne der Kriegszeit, sondern auch die ungeheuren Gewinne der Nachkriegszeit endlich einmal erfaßt werden, daß eine dauernde jährliche progressive Vermögenssteuer auferlegt wird. Wir verlangen auch eine Erhöhung der Grundsteuer für die größeren Besitztü. Eventuell eine Ersetzung durch eine Gutsertragssteuer. (Widerspruch der Agrarier.) Ja, meine Herren, die Herren Agrarier interessieren ja nichts anderes, das hat ja die Rede des Herrn Kollegen Juleger bewiesen, der über nichts anderes gesprochen hat.

Auch die Besteuerung der Industrie muß auf andere Grundlagen gestellt werden. Es ist sicher, daß man eine Steuer, die wir heute haben, die Industrie ruinert. Wir stellen uns die Bildung von Industrieverbänden vor, welche ebenso wie den Verbänden des Großhandels, der Banken eine Steuer vorgeschlagen wird, die nach der Ertragsfähigkeit der Industrie unter den betreffenden Teilhabern aufgebracht wird.

Es müßte endlich einmal eine kaufmännische Verwaltung in unser Steuersystem gebracht werden. So wie es bis jetzt gegangen ist, geht es nicht weiter.

„Auf dem Boden des Staates.“

Es hat gestern der Herr Kollege Franke eine Rede angeführt, daß mein Parteianosse Tsch und ich Chauvinisten sind. Herr Kollege Franke ist nachmann auf dem Gebiete des Chauvinismus, das gebe ich ohne weiteres zu. Wenn Sie unter Chauvinismus das Eintreten für die Rechte einer Nation verstehen, dann bin ich kein Chauvinist. Wir haben es gar nicht nötig, uns gegen den Vorwurf des Chauvinismus zu verwahren. Herr Kollege Franke hat weiter gesagt, daß er gnädigst die Deutschen auch an der Mitarbeit in diesem Staate zuläßt, wenn sie sich auf den Boden dieses Staates stellen. Der Boden dieses Staates ist sozusagen die Rückzugslinie geworden, die sich die Herren herausgesucht haben. Wenn sie nichts mehr zu sagen wissen, um ihre Ungerechtigkeiten zu bemänteln. Die Kritik, die ich heute an Ihrer Art der Verwaltung und an Ihrer Demokratie geübt habe, beweist Ihnen schon das Eine, daß wir wünschen, daß in diesem Staate die Dinge anders und besser werden. Wenn Sie das bloße Lippenbekenntnis als das Wichtigste und dringendste bezeichnen, dann tut es mir leid um Ihren Staat. Ich glaube, daß die Tätigkeit für den Staat darin besteht, daß man für ihn arbeitet, daß die arbeitenden Schichten des Staates ein besseres Leben finden und das endlich einmal das ungeheure Unrecht, das an den arbeitenden Schichten verübt wird, beseitigt wird. Das nenne ich, sich auf den Boden des Staates stellen. Das tun wir tagtäglich und auf diesem Boden ohne überflüssige und oft genug sehr zweifelhafte Lippenbekenntnisse zum Staate können wir uns stellen.

Sozialistische Koalitionspolitik.

Dr. Soukup hat sich auf die Politik der deutschösterreichischen Sozialdemokraten berufen. Kollege Soukup hätte sich auf die Rede, die Otto Bauer vor kurzem auf dem Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokraten gehalten hat, berufen können, wo er das Verhältnis der Sozialdemokraten zur Wehrmacht sehr eingehend geschildert hat. Der Gedanke, den er dort vertreten hat, war der, daß die Sozialdemokraten sich auch mit einer bürgerlichen Partei dann in dieser Koalition finden können, wenn sie in dieser Koalition ihren Stempel ausdrücken, wenn in dieser Koalition die Sozialdemokraten das maßgebende treibende Moment sind, so wie es die österreichische Regierung nach dem Umsturz bis zum Rücktritt der sozialdemokratischen Mitglieder war. Das aber, Genossen, können Sie doch nicht behaupten, daß Sie in diesem Staate, in dieser Regierung das treibende Element sind, in einer Regierung, in der Herr Minister Cerny in einer Regierung, in der Herr Minister Novak als Handelsminister sitzt, dem die Löhne der Arbeiter zu hoch sind, in einer Regierung, die Gendarmen in die Wahlengraben schickt. Hier sind Sie die Besagene dieser Regierung. Dr. Soukup hat das gestern sehr schön gesagt, wir werden uns einmal in den Kämpfen aufstellen und wir werden uns auch einmal

finden, nicht nur mit Ihnen, sondern mit allen proletarischen Parteien in diesem Staate. Und wir werden uns dann finden, wenn auch Sie eingesehen haben werden, daß es ein Erfordernis der Arbeiterschaft ist, diesen Staat zu einem Staate gleichberechtigter Nationen zu machen.

Ist das Gerechtigkeit?

Sie haben einen Verfassungsgerichtshof vor kurzem eingesetzt und die Mitglieder desselben ernannt. Unter allen sieben Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofes befindet sich nicht ein einziger Deutscher. Nur zwei Erfahrungsmänner sind Deutsche. Ist das Gerechtigkeit, Kollege Soukup? Schauen Sie sich die böhmische Landesverwaltungskommission an. Drei Jahre besteht dieser Staat. Seit 1 1/2 Jahren wird eine Verrettung und wer verhindert es? Ihre Genossen in der Koalition. Ist das Gerechtigkeit? Schauen Sie sich das Botschaftenamt an, das eine so wichtige Bedeutung für alle Völker hat. In der Verwaltung dieses Botschaftens, die aus zehn Mitgliedern

besteht, gibt es nicht ein einziger Deutscher. Ist das gerecht? Sie haben eine Ersparungskommission eingesetzt und haben uns von den wichtigsten Zweigen der Verwaltung ausgeschlossen, weil Sie uns nicht trauen. Ist das gerecht?

Ich glaube, daß diejenigen, die dazu berufen wären, den Frieden unter den Völkern herbeizuführen, die sozialistischen Parteien sein müssen, denn sie können den Mut aufbringen, ihren Anhängern zu sagen: Das ist notwendig im Interesse Ihres Staates, das ist aber auch notwendig im Interesse des ganzen Proletariats.

Herr Kollege Horacek hat sich gemeldet, daß wir zur Ablehnung des Budgets kommen. Ja, wenn wir die Reden Dr. Horaceks durchlesen, können wir zu keinem anderen Resultat kommen, als das Budget abzulehnen. Sowohl die Reden, die im Ausschuss gehalten, als auch die Reden, die hier gehalten werden, sind ja lauter Oppositionsreden. Wir aber sind konsequent und werden daher gegen das Budget stimmen.

Der Parteitag. Wiederaufbau der Internationale.

Referent Genosse Cermak.

Werte Genossinnen und Genossen!

Der Teplitzer Parteitag im Jahre 1919 hat den Beschluß gefaßt, die Partei erwarde, daß aus den Trümmern der durch den Kriegsausbruch zerstörten und durch die Gründung der sogenannten III. Internationale gespaltenen Internationale ein neues Gebilde erstehen, welches das Klassenbewußt revolutionäre Proletariat, geschlossenen Gesamtzeit vereinigt. Der Teplitzer Parteitag hat auch den Parteivorstand beauftragt, an der feinerzeitigen internationalen Konferenz teilzunehmen, die Vertretung der Partei auf dieser Tagung zu sichern. Der Parteivorstand hat diesen Beschluß des Parteitages nicht ausgeführt, weil im Verlaufe der Entwicklung bereits sichtbar wurde, daß die internationale Konferenz in Genf keine geeignete Zusammenkunft und Beratung ist, um das Ziel, die Arbeiter aller Länder und aller Richtungen zur Einheit zusammenzuführen, also eine wirkliche Internationale zu bilden, zu erreichen. Der Parteivorstand hatte erkannt, daß die sogenannte II. Internationale nicht zu dem Ziele führt, das der Teplitzer Parteitag als Auffassung unserer Partei über die Schaffung einer Internationale aufgestellt hat. Darum haben wir die Einladung zum Genfer Kongreß mit einem Schreiben beantwortet, das unsere Abwesenheit erklärt und der Karlsbader Parteitag hat diesen Beschlüssen des Parteivorstandes nachträglich zugestimmt. Durch diesen Beschluß des Karlsbader Parteitages war eigentlich unsere Stellung zur sogenannten II. Internationale gegeben. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei hat damit ausgesprochen, daß sie weder zu den Grundfragen der II. Internationale stehen kann, noch sich der Forderung hingibt, daß auf dem Boden der zweiten Internationale eine wirkliche Internationale geschaffen werden kann.

Der Karlsbader Parteitag

hatte sich nach der ganzen Art der Aufgaben, die er zu erfüllen hatte, vornehmlich mit der III. Internationale und mit jenem Teil unserer Parteigenossen auseinanderzusetzen, die die Reichsdeutscher Richtlinien unterschrieben hatten. Unsere Organisationen waren monatelang von der Frage erfüllt, ob die Partei der kommunistischen III. Internationale beitreten oder eine andere Auffassung über die internationale Zusammenfassung des Proletariats als richtig bezeichnen soll. Der Karlsbader Parteitag hatte in dieser Frage eine Entscheidung zu fällen und sie ist durch die Annahme des Antrages Dillbrand erfolgt. Wohl war auf Grund der Karlsbader Erklärung die Möglichkeit gegeben, in der Frage der Internationale für verschiedene Auffassungen in der Partei zu wirken. Aber die Partei hat doch gewisse Grundsätze ihres Wirkens aufgestellt, die als unumstößlich zu gelten hatten und eine Ablehnung der kommunistischen Internationale bedeutete. Die domänischen Genossen von links haben vielleicht die große, für die Entwicklung unserer Partei und für das Fühlen und Denken der Arbeiter geradezu grundlegende Bedeutung dieses Antrages Dillbrand und Genossen zu wenig erfährt. Wer die Zusammenhänge genauer kennt, hat wohl verstanden, daß die Partei sich von den Grundsätzen der dritten Internationale absetzt, als in Karlsbad zwei Drittel des Parteitages diese Resolution annahm. Es heißt dort, daß eine Kommission einen Kompromißvorschlag ausarbeiten solle, welcher die den

Charakter der Partei bestimmenden Grundsätze einhalten müsse. Ein solcher Grundsatz, der unverrückbar fest stehen müsse, wenn die sozialdemokratische Partei ihr theoretisches und politisches Eigenleben führen, wenn ihre Aktion frei nach dem Willen der Mitglieder der Partei erfolgen solle, lautet:

Die Mittel, deren sich die Partei im Klassenkampf des Proletariats bedient, sind von der Entwicklung der Machtverhältnisse im eigenen Lande bestimmt, so daß keine andere Macht über die Wahl dieser Mittel, über die Methoden des Kampfes, über Art und Zeitpunkt der politischen Aktionen entscheiden kann, als die Partei selbst durch ihre berufenen Instanzen.

Dieser wichtige Grundsatz war es, nach dem wir gehandelt haben, als wir im Dezember die Teilnahme an den putschistischen Aktionen abgelehnt haben.

Im Punkt 2 heißt es:

Die Aufgabe der Partei ist, die Mehrheit der Bevölkerung einschließlich der geistigen Arbeiter, Kleinhandwerker und Kleinbauern, für den Sozialismus zu gewinnen und gestützt auf diese Mehrheit, unter Ausnützung der demokratischen Einrichtungen des Staates, die politische Macht zu erobern, die Regierung und Verwaltung zu übernehmen und sich ihrer zur Durchführung des Sozialismus zu bedienen.

Hier hat unsere Partei über die Frage der Demokratie und der Diktatur bereits eine wichtige Klarstellung gegeben, die erst einige Zeit später der Kongreß der Wiener internationalen Arbeitgemeinschaft bestätigte. Wir haben die theoretischen Grundsätze, auf denen die Wiener Arbeitgemeinschaft zum guten Teile beruht, zum Teil durch diesen Karlsbader Beschluß und zum Teil durch die Karlsbader Deklaration vorweg genommen. Wir haben im eigenen Lande aus unseren Erfahrungen und aus unserer Kenntnis der Tatsachen und vor allem aus unserem geistigen Ringen mit den Irrlehren der Kommunisten dieselbe Erkenntnis gefunden, die später die internationale Konferenz der Arbeitgemeinschaft als ihre Grundsätze aufgestellt hat. Zur Ergänzung des Punktes 2 hieß es im Punkt 3, daß die Diktatur im Sinne des kommunistischen Manifestes nur als Diktatur der Mehrheit über die Minderheit aufzufassen ist, daß die Partei jedoch bereit ist, der Gewalt der Bourgeoisie gegen den Willen der Mehrheit die Gewalt des Proletariats entgegenzusetzen. Hier handelt es sich um einen wichtigen Grundsatz, der uns von der zweiten Internationale scheidet, den später die Wiener Arbeitgemeinschaft ebenfalls zu den ihrigen gemacht hat. Es ist das Bekenntnis dazu, daß wir durchaus nicht an eine nur friedliche Entwicklung zum Sozialismus glauben, daß unsere Auffassung nicht die ist, daß nur auf dem Wege der Demokratie, etwa nur auf dem Wege der Koalitionspolitik der bürgerlichen Parteien der Weg zum Sozialismus frei werde, sondern auch hier ist die theoretische Grundlage für unsere Auffassung so festgelegt, daß wir sehr wohl verstehen und annehmen, daß im Zuge der Entwicklung aus den politischen und ökonomischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Situationen kommen können, wo das Proletariat als in einer Uebergangsperiode, als in einer Phase der Entwicklung, vielleicht um alte Widerstände niederzureißen, sich zur Diktatur vielleicht wieder erheben muß. Hier handelt es sich wieder um eine Auffassung, die später in der Wiener

Arbeitsgemeinschaft in ähnlicher Weise zum Ausdruck kommt. Schließlich ist in Karlsbad beschlossen worden, ehe wir uns an die Aenderung der programmatischen Grundsätze machen, daß die Eigenverfassung der Partei ihren demokratischen Aufbau beibehält, daß es innerhalb der Partei keine immer gearteten diktatorischen Gewalten geben darf, daß die Partei ihre volle Unabhängigkeit in jeder Beziehung wahrer und keine internationale Zustanz mit diktatorischen Rechten über sie gebietet. Hier haben sie die Ablehnung der kommunistischen Methoden. Ich muß hier nicht erinnern an den Märzputsch, den die kommunistische Internationale veranlaßt hat, sondern an die ganze Kleinarbeit, die die Kommunisten leisten. Sie sehen, wie widersinnig es ist, wenn sich eine Partei in einer straffen Zentralorganisation einem Komitee oder einer Zentralgewalt unterstellt, deren Anordnungen sie befolgen will, und wenn überhaupt der unmögliche Versuch gemacht wird, die ganze Welt, die sozialistischen Arbeiter aller Länder, über einen Stamm zu scheeren. Es ist charakteristisch, daß die Kommunisten jetzt eine Werbeaktion zwischen Weihnachten und Neujahr machen. Soviel ich weiß, wurde diese Aktion vom Internationalen Exekutivkomitee in Moskau angeordnet. Ich weiß nicht, wieso die russischen Kommunisten dazu gekommen sind, die Werbeaktion dem Weltproletariat in der Weihnachtszeit zu empfehlen. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß der russische Kalender etwas anderes ist als unserer. Es ist rein zum Lachen, daß nun zwischen Weihnachten und Neujahr die Werbeaktion gemacht werden soll. Wie im Kleinen, so ist es auch im Großen. (Gen. Dr. Sella: Auch bei der Revolution!) Auch bei der Revolution kann es passieren. (Weiterkeit.) Es ist eine lächerliche Auffassung, daß man von einer anderen Stelle aus eine proletarische Bewegung führen kann.

Unser Karlsbader Parteitag hat also eine geschichtliche Leistung erfüllt, als er erklärt hat, daß es das Wesen der Partei sei, daß wir keine anderen diktatorischen Gewalten über uns haben, daß wir unsere Aktionen selber zu bestimmen haben. Es ist zweifellos ein Fehler der zweiten Internationale gewesen, daß sie nur Beschlüsse faßte und nichts unternahm, um ihre einheitliche Durchführung zu sichern. Aber die Methoden der dritten Internationale sind doch eine ganz falsche Reaktion auf die Fehler der zweiten Internationale. Genau so, wie es unmöglich ist, eine Internationale zu führen, die nur in Grundsätzen und Resolutionen besteht und wo gar keine Beobachtung auf die wirkliche Aktionsgemeinschaft des Proletariats erfolgt, genau so verfehlt ist es, einen schablonenhaften Zentralismus zu schaffen, der sich bei jeder Art seiner Betätigung als unmöglich erweist. Ich glaube daher, daß die Wiener Arbeitsgemeinschaft, auch so weit es sich um die Methoden des internationalen Kampfes handelt, den einzig möglichen Weg einschlagen will, nämlich, daß sie die ihr angeschlossenen Parteien zur gemeinschaftlichen Aktion verpflichtet, daß sie eine Gleichartigkeit des Handelns verlangt und eine Bindung der Beschlüsse selbst, ohne natürlich dem Eigenleben der Partei, den besonderen Verhältnissen in jedem Lande, irgend einen Zwang antun zu wollen. Die letzten Ereignisse haben uns bewiesen, daß das Proletariat in dem Augenblick aktionsunfähig wird, wenn eine sozialistische Partei durch Einflüsse von außen sich ihrer Politik und in ihren Handlungen bestimmen läßt.

So wenig sich an unserem Verhältnis zur zweiten Internationale seit dem Teplitzer Parteitag geändert hat, ebensowenig hat sich an unserem Verhältnis zur kommunistischen Internationale geändert. Wir haben, wenn man so sagen darf, die Befriedigung, daß sich Wort für Wort von unseren Beschlüssen als wahr erwiesen hat. Nun hat der denkwürdige Karlsbader Parteitag über die Frage der Internationale ungefähr den Beschluß des Teplitzer Parteitages wiederholt, indem er aussprach, daß die Wiederherstellung einer die Gesamtheit des klassenbewußten revolutionären Proletariats umfassenden Internationale durch die Partei mit allen Kräften unterstützt und gefördert werde. Im Dezember v. J. haben die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands, die sozialdemokratischen Parteien in der Schweiz und in Oesterreich eine Konferenz nach Vercy jener Parteien einberufen, die weder der zweiten, noch der kommunistischen Internationale angehören, mit der Absicht, eine Arbeitsgemeinschaft

dieser Parteien einzuleiten. Der Parteivorstand hatte beschlossen, zur Vorkonferenz nach Vercy zu delegieren. Der Parteivorstand war der Auffassung, daß er durch die Delegierung zu dieser Konferenz den Karlsbader Beschluß ausgeführt, nämlich die Wiederherstellung einer die Gesamtheit des Proletariats umfas-

senden Internationale zu fördern. In diesem Sinne sind wir auch zur gründenden Konferenz der internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien nach Wien gegangen. Es wäre sehr verfehlt, wenn wir uns in den Gedanken hineinlebten, es müßte noch eine neue Internationale entstehen. Es wäre auch verfehlt, uns etwa durch die so geschicklich klingende Bezeichnung der Kommunisten irreführen zu lassen, daß wir die Zweihälften sind, daß wir in der Mitte zwischen zwei und drei stehen und unsere eigene Internationale haben. Sondern die früheren Parteitage haben uns beauftragt, wir sollen auf dem Gebiet der Internationale nichts anderes unternehmen, als mitarbeiten, daß eine wirkliche Internationale entsteht. (Beifall.) Die internationale Arbeitsgemeinschaft ist uns kein Selbstzweck. Ihre Existenz soll nur ein Mittel dazu sein, um uns den Weg zur wirklich internationalen Arbeitergemeinschaft zu helfen. Solange es mehrere Internationale gibt, gibt es keine Internationale — ein gestülptes Wort — weder die zweite, noch die dritte sind berufen, das Proletariat zur internationalen Gemeinschaft zusammenzufassen. Aber genau so wenig erhebt die Arbeitsgemeinschaft, die ihren Sitz in Wien hat, diesen Anspruch, sondern wir kommen nur dazu, wenn alle drei Richtungen im Sozialismus zur vereinigten Internationale zusammengeschlossen werden. Die Wiener Konferenz hat die theoretischen Grundlagen für jene Parteien geschaffen, die sich bemühen, die Internationale wieder aufzurichten.

**Die soziale Demokratie.**

Wir halten die Demokratie für einen Kampfboden für den Sozialismus. Wir kennen aber auch die Grenzen der Demokratie. Aber wir werden uns durchaus keine grauen Haare wachsen lassen, wenn wir vielleicht durch eine Periode der Gewalt oder durch eine Periode einer nichtdemokratischen Verfassung hindurchgehen müssen. Aber es bleibt ebenso wahr, daß es der Sinn unserer Partei ist, weil wir eine demokratische Partei sind, daß das Volk herrschen muß. Und weil wir uns gegen die grandiosen, verhängnisvollen Irrtümer des Bolschewismus stellen wollen, der durch Terror und Gewalt, durch Militärorganisation, Zwangsorganisation und Bürokratismus, den Sozialismus erreichen will, darum sind wir und bleiben wir Demokraten und denken vor allem an die Herrschaft des Volkes, an die Verwaltung des Volkes in der Zeit nach dem Tage der sozialen Revolution, von dem Tage an, da das Volk die arbeitende Klasse sich selber regiert und verwaltet. Ich glaube der Meinung Ausdruck geben zu können, daß die theoretischen Grundlagen, nach denen die Wiener Arbeitsgemeinschaft ihr Werk begonnen hat, an der Wiederaufrichtung der Internationale zu arbeiten, wirklich die Fortbildung des Marxismus ist und genau so, wie die Lehre Karl Marx's für uns eine Erbauung und Stärkung bedeutet: in jeder politischen und wirtschaftlichen Situation wird es uns möglich sein, an den besten Schülern Marx' auch in dieser schwierigen Zeit der Wiederaufrichtung der Internationale eine wertvolle Stütze zu erhalten. Eine wesentliche Voraussetzung für das Wirken der Wiener Arbeitsgemeinschaft ist nebst unserer tatsächlichen Grundregel, kein Mittel auszuscheiden, weiter der Umstand, daß trotz der Gleichartigkeit der kapitalistischen Entwicklung, trotz des gemeinsamen Grundzuges der ökonomischen Tendenzen doch durch die besonderen Verhältnisse jedes Landes die Kampfbedingungen des Proletariats in jedem Lande andere sind, und es muß die internationale Politik über soviel Elastizität verfügen, daß nach der gemeinsamen Grundregel, in der Anpassung an die besonderen Verhältnisse, die Grundzüge der sozialistischen Taktik und die Kampfmethoden bestimmt werden. Auch dieser Auffassung tragen die Beschlüsse der Wiener Konferenz Rechnung.

In Wien hat die Delegation unserer Partei zu den theoretischen Grundfragen der Wiener Arbeiterschaft ihre Zustimmung gegeben. Wir konnten das, weil wir in Karlsbad uns bereits entschlossen haben. Ich glaube, was wir in Karlsbad beschlossen haben, bleibt Wort für Wort aufrecht. Wir haben nichts zu bereuen. Ich glaube, wir hätten die Emotionen in Karlsbad gar nicht notwendig gehabt, wir hätten alle die unangenehmen Erfahrungen nicht machen müssen, die Partei hätte sich auf anderen Wegen auch zur Karlsbader Deklaration durchgearbeitet. Die Beschlüsse der Wiener Arbeitsgemeinschaft sind für unsere Partei verbindlich. Wir sind zu einer gewissen Gemeinsamkeit, zur Gemeinsamkeit der internationalen Aktion, die durch die internationale Arbeitsgemeinschaft beschlossen wird, verbunden; wir haben auch eine kleine finanzielle Beihilfe zu leisten, die aber nicht weiter in Betracht kommt. Sie wissen, daß der Wiener Gemeinschaft 13 Parteien angeschlossene sind, 7 weitere sind neu angemeldet. Als besonders erfreulich ist festzustellen, daß es gelungen ist,

eine sehr tüchtige, tatensprohige internationale Jugendorganisation der Wiener Arbeitsgemeinschaft an die Seite zu stellen.

Zum Schluß möchte ich noch ein paar Worte an meine Bericht anfügen. Genossen! Erinnern Sie sich, mit welchem Interesse wir in Karlsbad uns an den Verhandlungen beteiligt haben, wie wir gerungen, welche moralischen und welche physischen Wirkungen dieser Kampf bei allen ausgelöst hat. Ist es nun nicht charakteristisch, daß die sonst doch ruhigen Parteitage delegierten, die Genossen und Genossinnen, die sonst nicht sehr beifallslustig sind, die lauter abgeklärte Menschen sind, vorgestern bei dem Referat des Genossen Czech, als er das erstmal das Wort kommunist ausgesprochen, mit Lachen geantwortet haben? Ist es nicht charakteristisch, daß wir in Karlsbad förmlich alle den heißen Atem dieser Agitation gespürt haben, daß eine ungeheure Anstrengung dazugehört hat, sich dieser Suggestion entgegenzustellen, während heute der Kommunismus auch bei den Beratungen erster Vertrauensmänner der Arbeiter zum guten Teile nur mehr ein komisches Objekt ist? So haben sich die Dinge in den Jahren gewandelt. Das kommt ebenso im Großen zum Ausdruck, wie in der kleinen Reflektion, in der bloßen persönlichen Stimmung der Parteitage delegierten. Wir können heute ruhig sagen, die Methoden des Bolschewismus sind ebenso zusammengebrochen, wie die Ideologie einer Internationale, wie sie in Moskau gebräut wird. Zu Zeiten des Karlsbader Parteitages haben uns in unzähligen Versammlungen hunderte unserer Genossen nicht verstanden, als wir sagten, es werde der Tag kommen, an dem es notwendig sein wird, daß wir da sind, um den Massen das Vertrauen zum Sozialismus wieder zu geben. Jenen Genossen, die den Sozialismus mit dem Bolschewismus identifiziert haben, die müssen heute in Verzagtbeit hinstarren, die müssen heute vollständig rat- und hilflos sein, da sie die Methoden des Bolschewismus scheitern sehen. Jetzt ist es die große Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, im deutschen Proletariat dieses Landes das Vertrauen zum Sozialismus wieder aufzurichten, weil wir von den Verzerrungen des Sozialismus freigeblieben sind. Wir sind die einzigen, die heute hinstarren und sagen können: Der Sozialismus ist nicht gescheitert, die Ideen des Sozialismus, wie sie uns Karl Marx gelehrt hat, die Methoden, nach denen wir kämpfen wollen, wie wir sie uns bewahrt haben, haben weder durch den Krieg noch durch die Nachkriegszeit, weder durch das schwere Unglück des Scheiterns der bolschewistischen Methoden noch durch die untergeordneten Unglücksfälle, die dem Proletariat in Bayern und Ungarn zugefallen sind, irgendwie gelitten. Wohl ist es eine schwere Arbeit, das Vertrauen in den Sozialismus zu verwurzeln, doch wir sind die einzigen Legitimierten, die diese Arbeit nun vollbringen müssen, die im Kampfe gegen den Individualismus, im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien, das für den Sozialismus retten müssen, was der Kommunismus an ihm gefündigt hat. Es gab Arbeiter, die nicht mehr die Ruhe hatten, auch nur zuzuhören, wenn ein sozialdemokratischer Vertrauensmann sprach: denen müßt Ihr antworten: wir haben Zeit. Nun haben die Arbeiter erlebt, daß die Heilslehren, denen sie nachgegangen sind, falsch sind und so ist in der letzten Instanz im Ringen der Menschen um die höchste Form der Entscheidung, die es im Kampfe der politischen Parteien gibt, nicht durch Theorien, nicht durch bloße Propagandamittel, sondern durch das Erleben und die durch die Erfahrung der Kampf zwischen uns und den Kommunisten zu unseren Gunsten entschieden worden. Nehmlich wie bei uns steht es um die kommunistischen Parteien in den anderen Ländern. Was ist das für eine kommunistische Partei, der wir in Frankreich begegnen? (Genosse Dr. Sella: Anatole France und Vorbuße sind ausgetreten!) Für die 21 Bedingungen haben sie sich überhaupt nie erklärt und haben sich keine Stunde an sie gehalten. Die italienische Partei hat keinen idellen Zusammenhang mit Moskau, garnicht zu reden von der Partei in der Tschechoslowakei. Vor etwa zehn Jahren hat Modraczel den tschechischen Marxismus erfunden; er war der Meinung, Marx müsse ins Tschechische projiziert werden. Genau so hat Schmeral den Bolschewismus, den Leninismus ins Tschechische übersetzt. Dabei ist etwas ganz anderes daraus geworden, als die Ideen des Kommunismus. In Rußland ist das Volk eine Partei, weil der Staat zugleich die Parteiorganisation ist. Die russische Partei ist daher überhaupt nicht als Partei im westländischen Sinne anzuspprechen. Die Parteien, die man zum Vergleich heranziehen kann, sind die kommunistischen Parteien in Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei. Diese sind ihrem Wesen nach keine kommunistischen Parteien; sie stehen durch ihre ganze Tä-

tigkeit im schärfsten Widerspruch zu den Thesen und Lehren der Kommunisten. Diesem Umstand verdanken sie ihre Existenz. Würden sie nach den Thesen Lenins politisch wirken, würden sie von der politischen Oberfläche weggesetzt werden. Soweit die kommunistischen Parteien sich überhaupt erhalten, erhalten sie sich nur dadurch, daß sie auf die Moskauer Thesen pfeifen. Es ist überhaupt merkwürdig stille um Moskau geworden. Erinnern sie sich an die seinerzeitigen Aufrufe zur Revolution! Wie lange haben Sie nun schon in den Zeitungen der Kommunisten keinen Aufruf von Sinowjew gelesen! Früher haben wir jede Woche wenigstens einmal einen Aufruf gelesen. Nun haben sie nichts mehr aufzurufen, die großen Herren aus Moskau, die das Verbrechen am Sozialismus begangen haben, das Proletariat Europas zu spalten. Diese Abenteuerer sind merkwürdig stille geworden nach der Verübung ihres Verbrechens. Wo sind die Aufrufe, wo sind jetzt in dieser schwierigen Zeit jene Worte, in denen sie dem Proletariat sagten, was es in dieser oder jener Situation zu tun hat? Schon diese merkwürdige Stille und Ruhe zeigt an, wie sehr schnell der Prozeß der Auflösung der kommunistischen Internationale vorwärts geht. Ich führe dies alles an — nicht, weil ich mich so unbändig freue, daß der Verwesungsprozeß der Kommunisten zu Ende geht, sondern weil dies die sicherste Wertschätzung da ist, daß wir zur Internationale kommen. Wir werden vielleicht damit rechnen müssen, daß die kommunistische Internationale sehr lange neben einer sozialistischen weiterbesteht. Aber das alles haben unsere Genossen bereits in den achtziger und neunziger Jahren mitgemacht, einmal mit den Unabhängigen, einmal mit den Syndikalisten, einmal mit anderen Richtungen, besonders in den Gewerkschaften. So wird, wie ich jetzt überzeugt bin, neben der sozialistischen Internationale eine andere Organisation weiterbestehen, wahrscheinlich als bedeutungslose Sektenbewegung. Es darf uns nicht irritieren, daß links von uns jemand steht, daß wir eine Opposition unter den Arbeitern haben. Es hat immer Nebenströmungen im Sozialismus gegeben, immer Aukensleiter, immer gewerkschaftliche Syndikalisten, anarchistische Sektionen und so wird es auch in Zukunft kommunistische Sektionen geben. Diese Aukensleiter werden vielleicht in einem Beden in der kommunistischen Internationale vereinigt sein. Aber wesentlich ist, daß die Massen der Arbeiter, die den Klassenkampf führen und die sozialistische Politik treiben, nur in einer sozialistischen Internationale vereinigt sind, die die Methoden und Grundzüge der dritten Internationale ablehnen muß. So ermöglicht uns der Auflösungsprozeß der kommunistischen Partei, unsere Arbeit um die Massen, um die Herzen und Sinne der schwankenden Arbeiter, jener Arbeiter, die drüben waren, erfolgreich weiter zu führen.

Die augenblickliche Gefahr von heute für den Sozialismus sind vielleicht gar nicht die Kommunisten — das ist ein wenig hinter uns — sondern der Stimmung und dem Gefühlslieben nach könnte der Arbeiterbewegung in managen Ländern vielleicht viel mehr die Auflassungen schaden, daß die kommunistischen Methoden gescheitert sind, vielleicht doch wieder die Methoden der zweiten Internationale die richtigen sind. Es kann da und dort wiederum als Reflex einer reaktionären Bewegung die Meinung unter der Arbeiterschaft aufkommen, daß nichts anderes übrig bleibt, als die Koalition mit bürgerlichen Parteien, als nur der Parlamentarismus und nur die Demokratie. In der Periode der Ertastung der kapitalistischen Ordnung in der Periode der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, der Stagnation unserer Entwicklung oder in der Ruhepause der Revolution, ist die Gefahr garnicht zu unterschätzen, daß die Arbeiter an den Revolutionen möglichen und an den Revolutionenmethoden verzweifeln. Darum ist es unsere Aufgabe, in dieser Zeit, in der die Gefahr besteht, daß die Arbeiter in das andere Extrem wieder zurückschnellen, den Massen des Proletariats begreiflich zu machen, daß diese Periode des erstarkenden Kapitalismus und der politischen Reaktion nicht bedeutet, daß sich die Arbeiterklasse nunmehr damit abzufinden hat, daß wir uns auf bestimmte Methoden friedlicher Entwicklung festlegen. Ja, die Macht der Rohmaterialien ist heute stärker als vor zwei Jahren. Die kapitalistische Ordnung verläßt sich zu konsolidieren. Aber die kapitalistische Ordnung ist bis ins Mark hinein krank und leidet heute an so vielen Miebern, daß es nicht mehr möglich ist, daß der Kapitalismus, der sich kaum einigermaßen erhasst hat, aber in einer Zeit schwerster Krisen lebt, sich daraus jemals ganz erholen kann. Ich bitte Sie, mit mir sich vorzustellen, wir hätten das Unglück der Spaltungen während des Krieges oder nach dem Kriege nicht miterlebt. Stellen Sie sich vor, wir



Während der Beratung über das so wichtige Ge-  
setz nur ein Vertreter anwesend, der sich weder  
an der Debatte beteiligte, noch sonst den Versuch  
unternahm, auf das Gesetz Einfluß zu nehmen.

(14. Dezember 1921.)

Im Sozialpolitischen Ausschusse wurde ein  
Antrag des Abg. Klein angenommen, welcher  
den Handlungsgehilfen und anderen  
Angestellten in ähnlicher Stellung in der  
Slowakei und Karpatenrußland  
Anspruch auf Geldbezüge in einigen Fällen  
militärischer Dienstleistung zu-  
billigt. Der Regierungsentwurf, welcher die  
Fürsorge für Inhaber des Weltkriegs-In-  
validen Soldaten und die Hinterbliebenen  
nach Soldaten aus dem Mannschafte stande  
regelt, wurde mit einigen von Abg. Dr. Winter  
beantragten Abänderungen angenommen. Der  
Regierungsentwurf auf Verlängerung der  
Wirksamkeit des Gesetzes vom 12. August 1921,  
Z. 22 betreffend die Arbeitslosenun-  
terstützung, wurde gleichfalls genehmigt.  
Ueber die zu dieser Angelegenheit eingebrachten  
Anträge wird später verhandelt werden. Ueber  
Antrag des Abg. Dr. Kubicki wurde be-  
schlossen, das Justizministerium aufzufordern,  
über die Ursache der Nicht-Erklärung  
aus der Strafanstalt Pankrac Bericht zu er-  
statten.

Im Landwirtschaftlichen Ausschusse wurde  
der Senatsbeschluß über die Regierungsvor-  
lage angenommen, mittels welchem einige Be-  
stimmungen über die Spiritussteuer er-  
gänzt, abgeändert oder aufgehoben werden.  
Ebenso wurde der Senatsbeschluß betreffend  
das Gesetz über die Produktionsbörse in  
Preßburg angenommen, mit der Abände-  
rung, daß der Ackerbauminister im Einver-  
nehmen mit dem Handelsminister und dem  
Minister für öffentliche Arbeiten nicht zwei,  
sondern drei Räte der Mitglieder ernannt  
werden. Weiters wurde der Regierungsentwurf  
betreffend die Kündigung von Miet-  
und Pachtverträgen auf Gütern und  
Grundstücken, die infolge der Friedensverträge  
der tschechoslowakischen Republik zufallen,  
angenommen. Die Verhandlung über den Re-  
gierungsentwurf betreffend die staatliche Ga-  
rantie für landwirtschaftliche Genossenschaften  
wurde bis zur nächsten Sitzung verschoben, um  
den Klubs Gelegenheit zur Beratung zu geben.

**Aus dem Verfassungsausschusse.**

An der gestrigen Sitzung gelangte zunächst der  
Entwurf eines Gesetzes auf Abänderung

des Patentgesetzes zur Verhandlung. Die  
Vorlage bezieht vor allem die Anpassung des  
Gesetzes an den von Deutschland und von  
der Republik Österreich an die tschechoslowa-  
kische Republik angelegten Gebieten an die  
inländische Gesetzgebung. Der Gesetzesentwurf  
wurde genehmigt, ebenfalls der Vertrag mit der  
Republik Österreich über die Festlegung der  
Einkaufspreisen. Schließlich wurde der  
Staatsvertrag mit Frankreich betreffend der Re-  
stitution von Sachen und Vermögensrechten in  
Verhandlung gezogen. Der Referent Dr. Kubel  
beantragte die Annahme ohne Spezialdebatte, da  
nach seiner Ansicht die Überprüfung der Details  
nicht in die Kompetenz des Rechts- und Ver-  
fassungsausschusses fällt. Der Ausschuss habe nur  
zu prüfen, ob die juristischen Voraussetzungen ge-  
geben sind, was mit Rücksicht auf die künftigen  
Ausführungen des Ministers Dr. Benesch im  
Ausschusse geschehen ist. Genosse Dr. Dosa  
wendete sich gegen diese Annahme und wies  
darauf hin, daß die Ausführungen des Ministers  
Dr. Benesch keineswegs befriedigend seien und daß  
die Annahme des Vertrages Folge nicht aus den  
Friedensverträgen und nicht in denselben seine  
Grundlage, nicht enthalten wurde. Er beantragte  
daher die Eröffnung der Spezialdebatte. Abg.  
Kofka schloß sich diesen Ausführungen an und be-  
dauerte einige wichtige Detailbestimmungen  
des Vertrages. Auf Grund der Erklärung des  
Referenten, daß der Vertrag genehmigt werden  
müsse, wurde mit den Stimmen der tschechischen  
Parteien der Vertrag ohne Spezialdebatte ge-  
nehmigt.

**Aus dem landwirtschaftlichen Ausschusse.**

An der gestrigen Sitzung des landwirtschaft-  
lichen Ausschusses stellte Genosse Schwei-  
chbart den Antrag, daß die im Budgetaus-  
schusse beantragte Regierungsvorlage auch dem landwirt-  
schaftlichen Ausschusse zur Beratung vorgelegt  
wird. Dieser und ein ähnlicher Antrag des Abg.  
Riechert wurden jedoch von der Mehrheit abge-  
lehnt. Verhandelt wurde darauf der Regierungsent-  
wurf betreffend einer staatlichen Garantie für  
Darlehen an landwirtschaftliche, gewerbliche und  
Arbeitergenossenschaften in der Höhe von le-  
tzt 20 Millionen Kronen. Die Genossen Schweich-  
bart und Leibl begründeten diesen Antrag,  
wenn sie auch eine besondere Wirkung ansehe-  
nd der großen Zahl der in Betracht kommenden Ge-  
nosSENSCHAFTEN (12.000) nicht erwarteten. Die Vor-  
lage wurde unverändert genehmigt. Bei der Ab-  
stimmung über den vom Genossen Schweichbart  
beim Vorberathen Resolutionentwurf Riechert,  
der unter anderem die Erwerbsfreiheit für Ge-  
nosSENSCHAFTEN fordert, stimmten die tschech-  
ischen Sozialdemokraten und der anwe-  
sende Kommunist dagegen. Dieser hatte  
sich auch mündlich gegen diese Resolution ge-  
wendet.

schon den Wählern besteht dieser Satz nicht.  
Warum er hier vorgelesen wird und sich in  
der letzten Zeit schärfer steigert, ist nicht der  
Satz der Wähler, sondern scheint der Ausdruck  
der weiltlichen Orientierung zu sein. Auch dem  
Proletariat ist die Volksgewehr ein  
wertvolles Gut, dessen Wert mit der Ver-  
mehrung steigt. Darum könnte es ihnen nicht  
gleichgültig sein, was mit den deutschen Schu-  
len geschieht. Mögen sich die Tschechen ihre  
Schulen ausgestalten wie sie wollen, und aber  
müssen sie die Schulautonomie geben. Alle  
unser Forderungen auf dem Gebiete des  
Schulwesens bleiben unberücksichtigt und ne-  
ben dem Initiativauschusse sind jetzt alle Aus-  
schüsse überhaupt das Waffengrab für die deut-  
schen Anträge geworden. Es scheint, als ob  
unser Hochschullehrer heruntergebracht werden  
sollte. Redner fordert die Mehrheitspartei  
auf, ihr Augenmerk der Stabilisierung der Ge-  
hälter zu schenken und allen Bestrebungen, die  
Bezüge der Beamten und Lehrer zu verfürzen,  
entgegenzutreten. Er sei überzeugt, daß sich die  
endliche Konsolidierung dieses Staates nur auf  
sozialer Basis vollziehen könne, wo Nation und  
Religion als unberührbare Inseln Individual-  
eigentümer unberücksichtigt bleiben. Er richtet  
die Aufforderung an die tschechischen Sozialde-  
mokraten, gemeinsam dahin zu arbeiten, daß  
nicht aus der papierernen Wand eine steinerne  
Wand werde, die die Erreichung des gemein-  
samen Zieles unmöglich macht. (Beifall.)  
Die Sitzung dauert um halb 11 Uhr nachts  
noch an. Heute wird abgestimmt.

**Die Deutschösterreichische  
Republik und Die Arbeiter.**

Zum dritten Mal haben vor wenigen Wochen  
Deutschösterreicher eine Arbeit den Ge-  
denktag der Republik begangen. Zum dritten  
Mal das sonderbare Schauspiel, daß nur die  
Arbeiter eine Republik feiern, die die Bürger-  
lichen regieren, indes das Bürgerium an die-  
sem Tage gleichgültig, ja höherfals abseits  
steht und sich in seinen politisch führenden  
Klängen sogar zu der giftigen Verleumdung  
versteigt, diese Republik bestehe nur, weil der  
Wille der Entente eine andere Staatsform  
verwehrt. So schrieb es die Wiener „Reichs-  
post“, das Hauptorgan der christlichsozialen  
Regierungspartei am Tage der Republik.  
Dieses böhnische Bekenntnis der Republikaner  
wider Willen ist die Rede dafür, daß die  
Macht und die Entschlossenheit der wirklichen  
Republikaner, des Proletariats, sie zwingt,  
nicht nur einen Staat zu regieren, den sie nicht  
lieben, weil sie und durch ihn nicht nicht be-  
herrschen können, sondern sich sogar süßauer  
und offiziell zu ihm zu bekennen, weil sie wis-  
sen, daß wir ihn sonst ohne sie und gegen sie  
verteidigen würden. Wie sollten Bürgerliche  
auch einen Staat regieren, der eine durch und  
durch proletarische Wehrmacht hat; wie sollten  
Kapitalisten eine Republik feiern, die ihnen in  
jede Fabrik den Betriebsrat gesetzt hat; wie  
sollten Besitzende ein Gemeinwesen bejahen,  
das, von den Kapitalisten des Auslandes ver-  
kauft und verraten, von den heimischen Schie-  
bern betrogen und ausgeplündert, nach einem  
Jahre christlichsozialer Finanzkunst nur die  
Wahl zwischen dem wirtschaftlichen Zusam-  
menbruch und einem sozialdemokratischen Fi-  
nanzplan hat? Seit drei Jahren bringt das  
Proletariat Opfer, um in diesen noch immer  
bürgerlichen Staat leben zu können; seit drei  
Jahren verteidigt die Bourgeoisie diesem  
Staat, den sie von Anfang an mit- und nun  
allein regiert, jedes Opfer, zu dem sie nicht  
gezwungen wird.

Das erste dieser drei Jahre galt der Ret-  
tung aus der Katastrophe, dem Ausbruch aus  
dem Chaos, das der Krieg hinterließ. In den  
Revolutionstagen 1918 hatte der außerordent-  
liche Parteitag der deutschösterreichischen So-  
zialdemokratie den Vertretern der Arbeiter-  
schaft Vollmacht gegeben, zusammen mit den  
Bürgerlichen in die erste Regierung zu gehen.  
Mit energischem Zugriff wurden die habsbur-  
gischen Ueberbleibsel demoliert, mit Milien-  
schritten wurde der Rückstand durchgemessen,  
der Arbeiterrecht und Arbeiterschutz des alten  
Österreich von jenem der übrigen Kulturlän-  
der trennte: in der Sozialpolitik wurde aus  
dem rückständigsten Großstaat der fortschrit-  
tenste Kleinstaat. Das andere, das politische  
Ziel, konnte nicht erreicht werden: der An-  
schluß an Deutschland wurde in  
Saint-Germain begraben. Aber es soll nicht  
vergessen werden, daß auch dies unter dem  
keimlichen Frohlocken der bürgerlichen Deut-  
scher, unter der tätigen Mithilfe der kapitalis-  
tischen Wuchler geschah. Der eine zitterte um  
den Kronenreichthum und für seine Kriegs-  
anleihe, der andere bangte für seinen Kram-  
laden vor der deutschen Konkurrenz, und alle  
fürchteten sie die deutschen Arbeiter. Wir sehen  
noch, als Kenner an der Spitze der Friedens-  
delegation in Saint-Germain um unser Selbst-  
bestimmungsrecht rang, die Wiener Christlich-  
sozialen zum französischen Befanden laufen,  
um, was jener dort laut in Beratungs-  
saal

verkündete, hier heimlich und heimlichlich im  
Salon zu hinterziehen: den republikanischen  
Anschluß zu vereiteln, der der habsburgischen  
Wiederkehr den Weg verrammelt hätte. Wir  
hören noch das Wort mit dem dieselbe „Reichs-  
post“, die heute das Selbstbewußtsein der Re-  
publik durch den Hinweis auf das Entente-  
diktat kränken möchte, eben jene Entente gegen  
die Selbstbestimmung dieser Republik ausge-  
beugt hat: das freche Wort von den „Antrieben  
der Anschließenden“. Damals wie heute waren  
die Feinde der Republik ohnmächtig genug,  
um mühsam zu sein; damals wie heute waren  
sie mächtig genug, um gefährlich zu sein.

Das zweite Jahr der Republik war das der  
Behauptung. Der sozialdemokratische Parteitag  
vom November 1919 gab den Vertrauens-  
männern des Proletariats den Auftrag, auf  
dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten; das  
Aktionsprogramm, das er beschloß, galt der  
Sicherung und dem Ausbau des bisherigen  
Ertrages. Der Revolutionärausch wich der  
Ernüchterung, die Schranken wurden sichtbar,  
der Weg nach vorwärts schien unsicher, die  
klaren Sprachen von Verantern und Ver-  
walten. Die republikanische Wehrmacht wurde  
angebaut, die Schulreform gefördert, durch  
Vermögensabgabe und Verschönerung eine Re-  
form der Finanzpolitik angebahnt; am Ende  
wurde der Versuch unternommen, durch eine  
neue geschriebene Verfassung möglichst viel an  
realer Macht zu sichern. Damit war die Lei-  
stungsfähigkeit der Koalition zu Ende; das  
Proletariat, das die Möglichkeiten der Mitre-  
gierung ausgeschöpft hatte, zog seine Vertreter  
aus den Ministerien zurück.

Der Parteitag vom Herbst 1920 leitete mit  
kraftvollen Entschlüssen die Periode aktiver  
sozialdemokratischer Opposition ein. Er gab  
den Organen der Parteien den Auftrag, die  
errungene Machtposition zu verteidigen. Und  
wahrhaftig, im dritten Jahre der Republik blieb  
diese selbst nicht unbestritten: in diesem Jahre  
mukhte die Opposition den Schutz des Staates  
übernehmen.

Er ist zweifach bedroht. Die europäische Re-  
volution ist in diesem Jahre auf den tiefsten  
Punkt ihres Wellentals heruntergeglitten; die  
Welle der Konterrevolution überflutet Europa,  
die Friedensverträge, die der Imperialismus  
geschaffen hat, drängen zur Krise, zu neuen  
Kriegen. Zweimal hat die politische Reaktion  
an die Tore Österreichs geklopft: Karl Ste-  
rpuisch war ein Dummierungstreich und mit  
ihm fertig zu werden, brauchte das österrei-  
chische Proletariat nicht mehr als eine Hand-  
bewegung; Deutschösterreich Sozialdemokratie  
konnte damals die Bedingungen seines Ab-  
transportes diktieren. Habsburg Herdab-  
teuer war ernster; bildete es doch die kritische-  
ste Episode in einer Reihe von Konflikten, die  
aus den westungarischen Wirren entstanden.  
Sie haben das Leben braver Wehrmänner ge-  
kostet, die von Entente generalen behüteten  
Mörderbanden zum Opfer fielen; sie haben in  
Venedig sogar zu einer Revision der Friedens-  
verträge geführt, durch die die Entente diplo-  
matische Sympathien für die Konterrevolu-  
tion krönte; sie haben schließlich die kleine  
Entente auf den Plan gerufen, die energisch  
mobilisiert und erfolglos demobilisiert hat. An  
seiner bedrohten Grenze bleibt Deutschöster-  
reichs Proletariat dem Dorthyregime allein  
gegenüber; in militärischer Abwehrbereitschaft  
beenden wir das dritte Jahr der Republik.

Zugleich rüttelt die wirtschaftliche  
Krise an den Grundlagen Österreichs. Die  
Sanktionen, durch die das Kapital seine  
Ausbeutung im internationalen Maßstab auf-  
gerichtet hat, reihen mit dem Sturz der deut-  
schen Mark auch die deutschösterreichische Krone  
immer tiefer in den Abgrund. Die Kredite,  
die die internationale Ausplünderung Deutsch-  
österreichs in ein System bringen sollten, sind  
ausgeblieben. Ein Jahr lang hat die bürger-  
liche Finanzpolitik auf sie gewartet und nicht  
andere getan, als täglich neue Weiterberichte  
über die Aussichten der großen Kreditsaktion  
anzugeben. Nur die Kredite sollten die Krone  
retten können; da sie nicht kamen, begann die  
Flucht vor der Krone, das verbrecherische Tre-  
ben der Währungsflucht, das wahrhaftige Steigen  
der Warenpreise. So treibt die Geldverwer-  
tung zum Währungsverfall, der Währungs-  
sturz zur Wirtschaftskatastrophe. Soll heute  
der Zusammenbruch verhütet werden, so ist,  
dank der bürgerlichen Finanzpolitik, die un-  
tätig vor allen Besitzern zurückschreckt, ein  
viel härteres Fassen nötig, als noch vor  
einem halben Jahr. Am Ende der Koalition-  
regierung stand die Vermögensabgabe, die  
Verschiebung des Budgets von den indirekten  
zu den direkten Steuern, am Ende des bür-  
gerlichen Regierungsjahrs steht ein Defizit  
von 160 Millionen. Ratlos versucht nun zu  
hat die bourgeoise Finanzpolitik, an der  
Wunde des Wirtschaftskörpers herumzueperi-  
mentieren, ohne dem Kapital weh tun zu wol-  
len. Mit kleinen und halben Mitteln wol-

**Budgetdebatte im Senat.**

**Senator Genosse Parth**

Befecht sich mit der Bodenreform. An dieser ist  
nicht nur der Besitzer von Grund und Boden  
und die landwirtschaftliche Arbeiterschaft, son-  
dern die ganze Bevölkerung interessiert. Das  
industrielle Proletariat steht mit dieser Pro-  
duktion in seiner Lebenslage in engem Zusam-  
menhange. Hier wird die Bodenreform als  
Instrument der Abschöpfung betrachtet. Bei  
der Bodenverteilung sollen wohl alle Klein-  
bauern und Kleinhandwerker volle Berücksich-  
tigung finden.

Fürchtbar steht es mit der Arbeitslosigkeit  
der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Abg. Jemel (deutsch.) weist die Anschuldi-  
gungen zurück, daß die Deutschen mit den Tsche-  
chen nicht verhandeln wollen und gibt als Bei-  
spiel den nach Beginn des Unsturzes gebilde-  
ten Vizebürgermeister Nationalrat, der den  
Kardinal vorber zu Verhandlungen einlad, ohne  
bis heute eine Antwort erhalten zu haben.

**Finanzminister Kobal**

erklärt angesichts des großen Defizits im vor-  
liegenden Staatshaushalte und bei der Un-  
möglichkeit, die Steuerlast noch mehr zu er-  
höhen, bleibt zwecks Erzielung des Gleichge-  
wichtes nichts anderes übrig, als noch mehr zu  
sparen. Es dürfte bereits in der nächsten  
Zeit zur Auszahlung der Vorkriegsdarlehens-  
summen. Die Finanzverwaltung war gezwungen,  
diese Titres in amtliche Verwahrung zu neh-  
men, um Fälligkeiten vorzubehalten. Die erste  
Auszahlung der Kupons wird dadurch erfol-  
gen, daß diese Titres bei der Zeichnung der  
Wehlanleihe angenommen werden.

**Schwieriger ist die Frage der**

**Einführung der Anleihen.**

Das war ein Politikum, und es ist nicht  
möglich, dieses Moment von heute auf mor-  
gen anzuschauen, wiewohl es sicher ist, daß es  
besser gewesen wäre, wenn man diese Angele-  
genheit von vornherein als eine rein wirt-  
schaftliche betrachtet hätte. Die Regierung be-  
schloß sich gemäß dem Ausspruch des Präsi-  
denten mit diesem Problem und sie bereitet eine  
Vorlage, zugleich aber auch den Boden vor,  
damit die gesetzgebenden Körperschaften, wel-  
chen in letzter Linie die Lösung der Frage ob-  
liegt, sie auch annehmen können.

**Minister Udrzal**

Ist der Ansicht, daß in erster Linie die Armee  
vom Beginn des Staates entschlossen ist, der  
Republik als Ganzes, ohne Unterschied der Na-  
tion zu dienen. Leider hat die Armee nicht bloß  
innerstaatliche Bedeutung. Lange Zeit hin-  
durch wird es Aufgabe unseres Staates in  
Mitteleuropa sein, daß er an der Seite unserer  
Verbündeten Wächter der neuen Organisation  
sein wird, die (nach Ansicht Udrzals) auf den  
Prinzipien der Demokratie gebaut ist. Diese

Pflicht gebietet von und immer bereit und zu  
jedem Opfer entschlossen zu sein. Wir sind im  
engsten Kontakt mit unseren Verbündeten der  
kleinen Entente. Weiters erklärt der Minister,  
daß der Staat und die Armee bloß defensive  
Absichten hege. Das sei kein Militarismus.

**Senatorin Senatorin Perthen**

führt in sachlicher Rede Klage darüber, wie  
ungenügend die Fürsorge des Staates für die  
Jugend, für kranke und schwachsinige Kinder  
der kleinen Entente. Weiters erklärt der Minister,  
daß der Staat und die Armee bloß defensive  
Absichten hege. Das sei kein Militarismus.  
Senatorin Senatorin Perthen  
führt in sachlicher Rede Klage darüber, wie  
ungenügend die Fürsorge des Staates für die  
Jugend, für kranke und schwachsinige Kinder  
der kleinen Entente. Weiters erklärt der Minister,  
daß der Staat und die Armee bloß defensive  
Absichten hege. Das sei kein Militarismus.  
Senatorin Senatorin Perthen  
führt in sachlicher Rede Klage darüber, wie  
ungenügend die Fürsorge des Staates für die  
Jugend, für kranke und schwachsinige Kinder  
der kleinen Entente. Weiters erklärt der Minister,  
daß der Staat und die Armee bloß defensive  
Absichten hege. Das sei kein Militarismus.

**Senator Genosse Stadl**

erklärt, daß den Vorschlag auch heuer nicht  
Zachmänner zusammengestellt haben, was be-  
sonders beim Handelsministerium zutrefte. Der  
Handelsminister sei zwar der Meinung, daß  
auch hier die Lösung ihren eingehalten wer-  
den müsse, wir aber glauben, daß bei den un-  
produktiven Ausgaben gespart werden muß.  
Unsere Situation im Außenhandel könne nicht  
genügend genannt werden und der geplante Zoll-  
tarif müsse zu einem Zollkrieg führen. Da-  
neben beweise er, daß auch in diesem Staate  
„Grün“ Trümpf ist. Da unsere Regierung  
von den Alliierten abhängig ist, kommt es, daß  
die Handelsbeziehungen zu den besiegten Staa-  
ten, besonders zu Deutschland, immer schlechter  
werden. Die Abmachungen von St. Germain  
und Versailles sind ein Hindernis für die  
wirtschaftliche Konsolidierung nicht nur in der  
Tschechoslowakei, sondern in ganz Mitteleu-  
ropa. Wollen wir nicht zugrunde gehen, so  
müß diese Regierungspolitik geändert werden.  
Redner bezieht sich sodann die Lage der Gabel-  
zer Glasindustrie und schildert, wie die Regie-  
rung diese fördern könne. Schließlich kriti-  
siert er die Art der staatlichen Wohnungsfür-  
sorge im Gabelzger Bezirk.

**Senator Genosse Professor Michomski**

bedauert, daß Deutsche und Tschechen sich im  
Verlaufe der Debatte nicht näher getreten sind  
und daß Worte gefallen sind, welche Zeugnis  
geben von deutschfeindlicher Gesinnung. Zwi-

len sie das große Loch im Staatsäckel stopfen, mit der kahlen Hand die Banknotenflut ausschöpfen; aber während sie noch quackalbern, treibt der freie Handel, den sie nicht aufzuheben wagen, die Kurse der Auslandsvaluten in den Lagen der Schieber täglich wahrwüthiger hinauf; die Lohnkrone in der Hand des Arbeiters täglich schrecklicher herunter. Die Arbeiterklasse konnte nicht länger mit ansehen, wie die Börse, im wahren Sinne des Wortes, mit ihrem Brot spielt; denn jede Krone, um die der Debat steigt, verteuert sich die Einfuhr von der wie alle leben. Darum hat die sozialdemokratische Opposition der bürgerlichen Regierung einen Finanzplan vorgelegt, der durch ein wohlüberdachtes System von Maßnahmen, durch Anjorderung der auswärtigen Valuten und Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse unter gleichzeitiger Festhaltung des Reallohnes der Arbeiter, die Banknotenpresse stilllegen will. Das Ende des dritten Jahres der Republik steht das Proletariat am Werke, seine Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu behüten.

In dieser eigenartigen Situation, einen Staat verteidigend, den die Klassengegner regieren, eine Finanzpolitik vertretend, die die Majorität auf Vorschlag der Opposition durchzuführen soll, geht die deutschösterreichische Sozialdemokratie in vierzehn Tagen wieder zu ihrem Parteitag. Dieser Parteitag ist verschoben worden, — anders als der der deutschböhmisches Genossen, — nicht weil eine Mobilisierung der Arbeiter unter die Staatsgewalt der Maschinengewehre gezwungen hat, sondern weil das Proletariat sich selbst bedroht fühlte, so daß es kämpfen wollte, statt zu beraten. Dieser Parteitag wird im Zeitpunkte, da die politische Gefahr für diesen Staat noch einmal abgewehrt worden ist, seine wirtschaftliche Krise noch einmal überwinden werden muß, das Verhältnis zwischen der deutschösterreichischen Republik und den Arbeitern noch einmal klarstellen haben. Es ist das Verhältnis einer Klasse zu einem Staat, in dem sie regiert, aber nicht mehr beherrscht werden kann, da in diesem Staat keine andere Klasse gegen sie zu regieren vermag. Daß so die deutschösterreichische Arbeiterschaft ihre in der Revolution erlangene Macht besser als die Arbeiter irgendeines Landes zu behaupten vermochte, verdankt sie unzweifelhaft ihrer Einigkeit. Diese wieder ist ein Verdienst ihrer Führung, von der erst kürzlich Genosse Martow anerkannt hat, daß sie eines der wenigen Beispiele zu erbringen vermochte, wie, trotz der großen Gefahren, auch aus der zeitweiligen Koalition mit der Bourgeoisie, sofern sie im richtigen Augenblick geknüpft und gelöst wird, Erfolge für das Proletariat geholt werden können. In der Tat bestand die Schwierigkeit dieser Führung darin, die Politik der Partei, die einfach durch ihre Zahl notwendig eine Macht im Staate geworden ist, mit der Lage der Klasse in Einklang zu bringen, die in dem kleinen und schwachen Lande wohl sozialpolitisch verbessert, aber niemals ökonomisch umgewälzt, d. h. von der Ausbeutung befreit werden kann. An dieser Stelle ist in anderen Ländern die Einheit der sozialistischen Bewegung zerfallen; daß sie politisch als Partei nahe genug an die Majorität gekommen war, um regieren zu müssen, aber wirtschaftlich, als Klasse, in der Anrecht des Kapitals verharren mußte. Hier entstand die gefährliche Trennung zwischen jenen, die irgendwie an der Verwaltung der Partei und dadurch nun an der des Staates Anteil bekamen und den großen Massen, die in den Fabriken verblieben. Auch die österreichische Partei ist an dieser Gefahr vorübergegangen. Auf dem Parteitag von 1919 haben wir alle deutlich gespürt, wie ein Jahr erfolgreicher Regierung doch das Proletariat nicht erlösen konnte. Aber auf dem Parteitag von 1920 haben wir entschlossen die Würden von uns geworfen, durch die die Würde der Arbeiterschaft nicht mehr zu erleichtern war. Damals wurden Ministerfessel geopfert und die Einheit der Arbeiterklasse geteilt. Damals wurde die Koalition begraben und mit ihr — die kommunistische Partei. Damals erwarteten die Sozialisten, die dieses Land regiert haben und doch niemals die Regierungssozialisten geworden sind, das Recht und die Möglichkeit, es dennoch zu lieben und zu verteidigen.

Aber in diesem Lande, in dem wie in keinem zweiten, die politische Macht der Arbeiterklasse mit der wirtschaftlichen Ohnmacht des Landes kontrastiert, wird auch besonders deutlich, daß der Fortschritt zum Sozialismus nur international erstritten werden kann. In der Neugruppierung der internationalen sozialistischen Kräfte, die das letzte Jahr gebracht hat, hat die österreichische Partei eine beachtenswerte Rolle gespielt. Am Echoe der wieder werdenden Internationale werden deutschösterreichische Arbeiter in ihrem Staate stärker und stärker werden — bis diese Republik eine sozialistische Republik sein wird!

### Inland.

**Die slowakischen Merikalen und die Regierungsmehrheit.** Die slowakischen Merikalen, die vor der Abstimmung über das Budget aus dem gemeinsamen Merikalen Klub ausgetreten sind, haben sich, bekanntlich bei der Abstimmung der Stimmenabgabe enthalten, jedoch man nicht wußte, ob sie sich der bestehenden parlamentarischen Opposition anschließen werden. Wie nun die „Tribuna“ meldet, ist der Vertreter der Slowakisch-Merikalen, der Abg. Hlinka, in der Sitzung des Richterenausschusses der parlamentarischen Mehrheit, die am Mittwoch stattfand, nicht erschienen. Damit ist deren Zugehörigkeit zur Regierungskonzentration automatisch erloschen.

In der gestrigen Sitzung des Immunitätsausschusses berichtete Genosse Beutel über einen Immunitätsfall in deutscher Sprache. Abg. Dyl legte Beschwerde dagegen ein, daß der Referent in deutscher Sprache das Referat erstattet. Genosse Dr. S. v. S. verwies auf die mit der Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Ausschusses geübte bisherige Praxis und verlangte die Beibehaltung dieser Praxis. Nach längerer Wechselrede, die stellenweise sehr erregt geführt wurde, einigten sich alle Mitglieder des Ausschusses auf Beibehaltung der bisherigen Praxis.

### Ausland.

#### Deutschlands Bitte um ein Moratorium.

Was so lange erwartet und angekündigt wurde, ist gestern endlich geschehen, Reichkanzler Brüning hat formell an den Präsidenten der Reparationskommission Dubois und tatsächlich an die verbündeten Mächte das Ersuchen gerichtet, die am 15. Jänner und 15. Feber fälligen Reparationsraten nicht zur Gänze zahlen zu müssen. Die deutsche Regierung werde außer den Sachleistungen zu diesen Terminen höchstens je 150 bis 200 Millionen Goldmark aufbringen können und sie zweifle daran, auch die späteren Raten voll aufbringen zu können. Als Grund gibt die Note an und daß ist zugleich ihr wichtigster Satz: „Von maßgebender Stelle ist mir (Brüning) versichert worden, daß unter der Herrschaft der Bedingungen, welche zur Zeit für die Zahlungsverpflichtungen der deutschen Regierung gegenüber der Reparationskommission während der nächsten Jahre maßgeblich sind, eine solche Anleihe in England nicht zu erlangen sei und zwar weder als langfristige Anleihe noch als kurzfristigen Bankkredit.“ Die „maßgebende Stelle“ ist der Gouverneur der Bank von England und die Gründe seiner Ablehnung kommen dem Gutachten der führenden Londoner Finanzkreise gleich, daß die Reparationsbedingungen Deutschlands Wirtschaft zugrunde richten und den Staat eines Kredites unwürdig machen. Das Hauptargument, mit welchem Frankreichs Machthaber jede Erleichterung des Londoner Ultimatums bekämpfen, daß es mit Deutschlands Wirtschaft nicht so schlecht stehe und daß es nur einer schärferen Steuerhantel bedürfe, um die Reparationen herauszupressen, wird ihnen so von der Londoner Hochfinanz aus den Händen genommen und die ist doch gewiß über jeden Verdacht erhaben, vielleicht aus sentimentalen Regungen heraus ihre Entscheidungen zu treffen. Die deutsche Presse ist demgemäß auch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Frankreich nunmehr einer Revision des Londoner Ultimatums nicht werde ausweichen können, nur die rechtsstehenden Blätter jubeln über den angeblichen „Schiffbruch der Wirtschaftlichen Wiedergutmachungspolitik.“ Sehr zu unrecht, wie jeder Unvoreingenommene zugeben muß. Denn es bedeutet einen großen Erfolg der deutschen Sache und jener, die sie zu vertreten haben, wenn eine Hauptstütze der Entente die Lasten des Deutschen Reiches als unerträglich groß bezeichnet. Daß die französische Öffentlichkeit unter dem ersten Eindruck der Note heftig aufbegehrt und ein „unmöglich!“ verkündet, versteht sich eigentlich von selbst. Die fühle Ueberlegung des eigenen Vorteiles braucht längere Zeit sich durchzusetzen. Vorläufig hat die Verweigerung des englischen Kredites einen neuerlichen Sturz des Marktlurses zur Folge gehabt.

**Großer Streik in einem Textilfabrikwerk.** Magdeburg, 16. Dezember. Infolge Ablehnung einer Beihilfe von 1000 Mark haben die Arbeiter des Kraftwerkes Gispersleben bei Erfurt die Arbeit niedergelegt, wodurch 820

### Tages-Neuigkeiten.

**Der Antrag der Staatsanwaltschaft im Jagowprozeß.** Leipzig, 16. Dezember. Im Prozeß gegen Jagow und Genossen beantragte der Oberstaatsanwalt am Schluß seiner über zwei Stunden dauernden Ausführungen gegen Jagow eine Festungsstrafe von sieben Jahren, gegen Wangerheim und Schiele eine solche von sechs Jahren.

Die gewesene Erzherzogin, die kein Holz abfeuern will. Die Frau Marie Valerie Sabburg-Sotbringen, eine Tochter des Kaisers Franz Josef, die mit einem gewissen Erzherzog verheiratet ist, wohnt in Oesterreich, da sie die vom Gesez geforderte Verzichtserklärung abgegeben hat. In sie ist ebenso wie an andere Waldbesitzer die Aufforderung der niederösterreichischen Landesregierung ergangen, aus ihren Waldungen Holz für die Allgemeinheit abzugeben. Sie sollte tausend Raummeter an einem Holzhändler abliefern. Dabei wurde ihr mitgeteilt, daß sie sich über den Preis mit dem Holzhändler einigen könne. Komme keine Einigung zustande, so werde die Landesholzstelle den Preis bestimmen. Wer mit dem Holz nicht wuchern will, müßte mit diesem Auftrag einverstanden sein. Umhers Frau Valerie Sabburg. Sie ging zum Verwaltungsgerichtshof, denn sie fand an der Aufforderung dieses auszuweichen. Erstens meinte sie, das öffentliche Interesse erfordere nicht, daß sie Holz abliefern! Dann führte sie an, man hätte sie, bevor man sie aufforderte, befragen müssen, ob sie einverstanden sei und schließlich sei es unangeleglich, daß man sie aufgefordert habe, sich mit dem Uebernehmer über den Preis zu einigen! Der Wiener Verwaltungsgerichtshof unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten J. v. v. wies natürlich die Beschwerde ab! Er erklärte, es das Holz im öffentlichen Interesse nötig sei, habe die Landesregierung selbst zu beurteilen, darüber brauche sie die Holzbesitzer nicht zu fragen. Die Aufforderung, den Preis zu vereinbaren, sei aber ein Entgegenkommen, berechtige also nicht zur Beschwerde, denn die Landesholzstelle hätte selbst den Preis von allem Anfang an vorschreiben können.

### Die Zusammenkunft Masaryk — Hainisch.

**Eine optimistische Stimme.** Wien, 16. Dezember. Das „Neue Wiener Abendblatt“ schreibt in Besprechung der Verhandlungen in Prag, die sich an den Besuch des Bundespräsidenten in Lana anschließen: Werden in Prag zwischen den österreichischen und tschechoslowakischen Staatsmännern der Abschluß eines solchen Schiedsvertrages, wie der mit Po en abgeschlossene erörtert wird, kann die öffentliche Meinung dem gerne beipflichten. Ein System solcher Verträge würde dem erholsungsbedürftigen Mitteleuropa eine weitgehende Gewähr ungehinderter Entwicklung bieten. Die Tschechoslowakei und Oesterreich könnten ihn umso eher schließen, als damit besiegelt würde, daß beide den Wunsch haben, ihren künftigen staatlichen Weg in voller Aufrichtigkeit nebeneinander zurückzulegen. Freundschaftlicher Verkehr zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich nach der Art, wie er vor dem Kriege unter den europäischen Staaten bestand, ist das beste Weihnachtsgeschenk, das in Lana und Prag der Bevölkerung beider Staaten gebracht werden könnte, denn in der Wirtschaftsbilanz der zwei Länder steht der Nachbar weitaus an erster Stelle.

### Der Kampf um Irland.

**Der Protest Ulsters.** London, 15. Dezember. Der Premierminister von Ulster erklärte in seinem Schreiben an Lloyd George, es sei für Ulster unmöglich, jemals dem irischen Freistaate beizutreten. Es sei nicht im Interesse Großbritanniens und des Britischen Reiches, daß Ulster einer allirischen Union untergeordnet werde. Die Revision der Grenze würde einen Bruch des Gesetzes vom Jänner 1920 bedeuten. Ulster behalte sich das Recht vor, der Anerkennung einer Grenzkommission nicht zuzustimmen.

### Ungarische Nationalversammlung.

**Die Verbindung der ungarischen und österreichischen Monarchisten.** Wien, 16. Dezember. (Eigenbericht der Sozialdemokrat.) In der ungarischen Nationalversammlung wurde gestern in der Debatte über die Verletzung der Immunität der verhafteten Abgeordneten die Verbindung zwischen den österreichischen und ungarischen Monarchisten mehrfach gestreift. Unter anderen erzählte Abg. Gömböcs, daß die ganze Korrespondenz Karl Sabburgs, die dieser während des Zuges nach Budapest gerichtet hat, sich in Budapest befindet und unter den Briefen auch eine vom Obersten Wolf, dem Führer der österreichischen Legation, worin dieser darauf aufmerksam macht, daß er in Prag sich seinerzeit den Oberbefehl über sämtliche Garben angelehrt erhielt. Der Abg. Szilagyi erzählt dann, daß bei Eisenburg im Kampfe zwischen dem Truppen des Heeres und des Friedrich zahlreiche Personen gefangen worden sind, die von ungarischen Gerichten wegen Raub und Mord rechtskräftig verurteilt wurden. Diese wurden dann mit heiserer Stimm und als Ge-

heißkämpfer in Bestungen verwendet. Szilagyi teilte weiter mit, daß die Truppen Horthy einen Putsch gegen die Nationalversammlung planen, wenn diese Horthy nicht wieder zum Reichsverweser wählt. Szilagyi wiederholt auch die Beschuldigung gegen Horthy, daß er Erzherzog Albrecht auf den Thron bringen wolle.

**Wieder Plünderungen in Berlin.** Berlin, 16. Dezember. Heute mittags ist es an verschiedenen Stellen des Zentrums fast gleichzeitig zu neuen Plünderungen gekommen, die sich meist auf Trödler- und Kleidergeschäfte erstreckten. In den Plünderungen haben sich hauptsächlich Jungburschen beteiligt.

**Kommunistenprozeß in Belgrad.** Belgrad, 16. Dezember. (Tsch. B.) Nach mehrmonatiger Untersuchung wurde die Anklage gegen 66 Kommunisten wegen des am 28. Juni d. J. gegen den damaligen Thronfolger Alexander versuchten Bombenattentates vom Belgrader Gerichte fertiggestellt. Durch die Untersuchung wurde die ganze von ausländischen Kommunisten finanzierte Umsturzorganisation aufgedeckt. Nahezu sämtliche Teilnehmer an derselben sind unter Anklage gestellt. Die Verhandlung wird schon in nächster Zeit beginnen.

**Ein Wahlerfolg in England.** London, 15. Dezember. Bei der Erftwahl in Southwark erhielt der Kandidat der Arbeiterpartei 6561 Stimmen, während auf den liberalen Kandidaten 2336 Stimmen entfielen. Der Arbeiterkandidat ist hiemit gewählt. Bei der letzten Wahl im Dezember 1918 erhielt die Koalition 7208, die Arbeiterpartei nur 2718 Stimmen.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

356  
Selbstschreibende Burrough-Abkloßmaschinen der Firma Burroughs & Comp., Prag, I., Celeina ul. 35. 80 verschiedene Modelle, für jede Branche eigene Systeme. Vorführung und Probefeststellung überall unverbindlich und kostenlos. Telefon 6217. 106  
Für die Weihnachtseinkäufe empfehlen wir die beste und solideste Schuhwarenfirma „Da-Da“. Siehe Inserat.

### Vergessen Sie nicht

bei Ihren Einkäufen den besten Ersatz für Naturbutter die vorzügliche

Erste Marke der Welt! Remington Standard-Schreibmaschinen mit vollständig frei sichtbarer Schrift und modernsten Einrichtungen. Neueste Modelle. Vorführungen allerorten kostenlos und unverbindlich. Remington Schreibmaschinen-Gesellschaft m. b. H., Prag I., Celeina ul. 35, vis-à-vis dem Ubecni dum. Telefon 2871. 107

Rechtzeitig entdecken!  
**Weihnachts-Wunderkerzen „UNIO“**  
in bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Grossisten einschlagiger Branchen, wo nicht, direkt in der Fabrik „UNIO“ Werke, Ges. m. b. H., Pilsen.  
Generalverkaufer:  
**JOSEF POLLAK, Weinberge, Besslova 3.**  
Telephon 210, 213

Druckkosten und 30 Staatsbahnsteuern ohne Nachzahlung sind. Die technische Notwendigkeit ist sofort eingeleitet worden.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Streik in der chemischen Fabrik Oberberg. In der chemischen Fabrik in Oberberg ist ein Ausstand der Arbeiter wegen Ablehnung der Forderung nach Auszahlung einer Neulohnremuneration in der Höhe von 10% des gewöhnlichen Gehaltes ausgeschrieben.

Der Wert der Krone. Es kosten heute: 100 holländ. Gulden 9000, 100 Mark 4000, 100 schweiz. Franken 15000, 100 Lire 370, 100 franz. Franken 6500, 1 Pfund Sterling 812, 1 Dollar 810, 100 belg. Franken 2000, 100 belg. 1922 100, 100 Dinar 1250, 100 belg. 100 belg. Kronen 124, 100 ungar. Kronen 1245 Re.

### Kleine Chronik.

Der neue Bundespräsident der Schweiz. Die Bundesversammlung wählte heute den Bundesrat Daub zum schweizerischen Bundespräsidenten und Scheurer zum Vizepräsidenten des Bundesrates.

Arbeiterkita. Bei einer Bergwerkskatastrophe in Montanaria für Cambre wurden zwei Bergleute getötet und 16 schwer verletzt.

### Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Heute Samstag „Das Christelstein“. Nachdarstellung eines Lustspiel Konstantin. „Das Glas der Jungfrau“. Sonntag „Festliche des Königs“. Sonntag nachm. „Die Tanyarala“.

### Turnen und Sport.

Die Fußballsaison wird diesmal kein Ende nehmen. In Prag findet morgen, wenn es die Wetter zulässt, das Stadtmatch Prag-Práha statt. In Wien finden einige sehr interessante Spiele statt, deren Ergebnis für die Herbstmeisterschaft von großer Wichtigkeit ist. Es spielen u. A. Sakoab gegen Estmark, Amateure gegen Sportklub, Rudolfsbühnel gegen A. B. A. Wacker gegen Derba, in der zweiten Klasse Werstbaf gegen Donaufstadt, und Red. Star gegen Germania.

Ein interessantes Eishockeywettbewerb findet morgen in Prag statt. Die D. C. S. spielt gegen Sparta um dreiviertel 8 Uhr auf dem Plage der D. C. S. (gegenüber dem Sporthaus).

Das Abschreiben in den Sporttribünen hat schon so manchem „Sportredakteur“ eine tüchtige Portion eingebracht. So lesen wir in einem Bra-

ger Blatte eine „falsche Schiedsrichterentscheidung“ die aus dem „Wiener Sportmagazin“ entnommen ist, doch ist nicht die Auslegung des Schiedsrichters, sondern die Kritik des Sportredakteurs falsch. Es handelt sich um ein Verbrechen wegen Sand, das sich ein Verteidiger zu schulden kommen lässt, um seine Mannschaft vor einem sicheren Tor, was von den oben genannten zwei Blättern als tatsächliche Entscheidung bezeichnet wird, trotzdem die Fußballregeln ausdrücklich für diesen Fall Tor vorleben. Das betreffende Brauer Blatt, das auch sonst im Abschreiben und Ausschneiden einen Fleiß hat, übertrifft sich jeden Montag mit falschen Referenzen, die andere Blätter deshalb bringen, um festzustellen, welches Blatt diese abschreiben wird.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

**EGGER & CO.**  
PRAG-KARLIN, Královská tř. 14.  
FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN.  
Eggers Milch- und Kaffekaramellen,  
Eggers 140er Peppermint 87  
In allen Konsumvereinen erhältlich.

**CAFÉ ELEKTRA**  
PRAG-WEINBERGE,  
beim Museum, neben dem Deutschen Theater.  
TREFFPUNKT DER GEMISSEN  
Telephon 4854. 208

Reserviert für  
**MERL & WEISS**  
FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN  
PRAG, NARODNI 23a.  
141



**OSRAM**



Gitarre 10 Kč auf Patent  
Saxen wie Violinen, Mandolinen, Gitarren, Gramophone, Platten und alle anderen Musikinstrumente, sowie auch deren Zubehör, wie Saiten usw.  
Gramophone-Import-140  
Comand Brün, Freiheitsplatz 9  
Preisliste bei Angabe der gewünschten Musikinstrumente, gratis.

**PRESSHEFE UND SPIRITUSFABRIK**  
**Hamburger & Co., Ges. m. b. H.,**  
FREUDENTHAL, Versandstelle PRAG 619-I. 100  
bedient im Auftrage der Grosseinkaufsgesellschaft die Konsumvereine mit bester u. billigster Presshefe.

**Reisstrohbesen**  
Bürsten u. Pinselabrik Herrmann & Co.  
Prag, Soukenická 7.  
In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

**Allen Herren** empfehlen wir unsere Garantierter verlässlichen, hygienischen Gummischutzmittel; stets nur beste, als Ware in der Original-„NOVITAS“ in Qualität, Nr. 108 54 Kč, Marke „NOVITAS“ in Qualität, Nr. 106 42 Kč per Dutzend. Versandspesen 3 Kč extra. Lieferung streng steril ohne Inhaltangabe. Reichhaltiger, illustrierter Prospekt Nr. 108 über kosmetische und intime hygienische Artikel gegen 2 Kč in Bar oder Marken.

„NOVITAS“, Versandgeschäft, Ansgig. u. E.

**Drucksorten**  
aller Art, modernst ausgestattet liefert raschest die Druckerel der TRIBUNA A.-G.  
Prag II., Kariovo nám. 15.  
Telephon 3090. Voranschläge gratis. 3090.  
147

**National u. Praga KONTROLL-KASSEN**  
von Kč 950—  
mit Fabrikgarantie  
Rekonstruktionen  
Umbau 312  
Reparaturen  
Vernickelungen  
Repar. Abonnement  
zu den billigsten Preisen im Fachgeschäft  
**Kontroll-Kassen G.m.b.H.,**  
Prag I., Rybná ul. 20.

**REMA**  
die beste  
**Speise-Schokolade**  
besorgt den Konsum-Vereinen die  
**G. E. C.**

**F. ŠTASTNÝ, Speditour, Prag**  
Václavské nám. 57.  
Spedition aller Art, Verzollungen eigene grosse Lagerräume Möbeltransport per Bahn und Achse ohne Umladung. Speditours der „Grosseinkaufsgesellschaft“ Prag.

**„HA-HA“ SCHUHE**  
als bestes Weihnachts-geschenk  
das Schönste das Vorteilhafteste das Erwünschteste  
**„HA-HA“**  
Schuhvertriebsgesellschaft m. b. H.  
PRAG, Palats „Korona“.  
Das Geschäft den ganzen Tag über offen.  
Genossen! Werbet für Euer Zentralorgan!

**Brüder Tauber**  
Weingrosshändler  
Weingutsbesitzer  
Prag-Wysočan.

Wir erzeugen wieder feinste  
**Theemargarine „SANA“**  
und vorzügliche  
**Tafelmargarine „AXA“**  
den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.  
**Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubětín**  
Půjčovní 2. 309

**BERSON GUMMIABSÄTZE**  
BILLIGER ALS LEDER